

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 Pf. (ohne 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 2.27 Pf., einschließlich 20 Pf. Postgebühren. Auslandskontingente 2.00 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postfischenspreisen 4.65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich fünfmal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Sonntags und Feiertags „Soll und Sein“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzige, 100-prozentige Arbeiterpartei Deutschlands. Die einzige, die den Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft der Kapitalisten führt. Die einzige, die den Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft der Kapitalisten führt. Die einzige, die den Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft der Kapitalisten führt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 299-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 000. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 Tel. B. u. D. 100-101. Depositionsk., Zentralamer. Str. 65-66.

Freitag: Aufmarsch im Lustgarten!

Dr. Breitscheid spricht zur Preußenwahl.

Für das neue Preußen!

Das alte Preußen für den Adel — das neue für das Volk!

Wenn man weiß, daß der Haushalt eines jeden Landes die Grundlage aller Staatspolitik ist, dann weiß man auch, wie wichtig er für jeden Staatsbürger ist.

Das alte Preußen nahm in seinem Haushaltsplan auf die Bedürfnisse der einzelnen Staatsbürger überhaupt keine Rücksicht. Die Hauptsache war, daß das „königliche Haus“ die entsprechenden Millionen zur Verfügung hatte, um standesgemäß leben zu können. Alles ging auf Kosten der Steuerzahler! Bei einem flüchtigen

Gang durch den preussischen Haushaltsplan des Jahres 1913

sehen wir, daß das alte Preußen für die öffentliche Wohlfahrt nur wenig Geld übrig hatte. Wir sehen, daß vom alten Preußen die Volksgesundheit fast gar nicht gepflegt wurde, obwohl es die erste Pflicht des Staates gewesen wäre, helfend einzugreifen.

Kultur, Schule und Bildung kamen erst dran, wenn Militär und Kirche im Haushaltsplan Millionen von Mark erhalten hatten.

Die Gehälter für die kleinen Beamten spielten eine ganz untergeordnete Rolle. Für bessere Wohnungen und neue Schulen hatte das reiche Preußen immer nur sehr wenig Geld übrig — aber wenn es galt, den reichen Standesherrn Renten und Pensionen zuzuschützen, dann war immer Geld vorhanden!

Für Siedlungen auf dem Lande, für Restorationen und neue Bodengewinnung, die besonders Otto Braun im neuen Preußen stark gefördert hat, hatte das alte Preußen bei weitem nicht soviel Geld übrig, obwohl es gerade für das Vorkriegspreußen sehr wichtig gewesen wäre, diese Siedlungsstätigkeit mit allen Mitteln zu unterstützen.

Im Etat des alten Preußen gab es kein Wohlfahrtsministerium, es gab auch kein Geld für eine ordnungsmäßige Wohlfahrtsarbeit, die alle unverschuldet in Not Geratenen hätten in Anspruch nehmen können; es gab im Etat des Polizeiministeriums lediglich einen Posten für „Wohltätigkeitszwecke“. Dieser Etatposten war aber dem alten Preußen so unwichtig, daß er erst nach der Straf-anstaltsverwaltung, nach den allgemeinen Ausgaben der Polizei und Landgendarmarie aufgeführt wurde.

Ganz nebensächlich war dem alten Preußen die Fürsorge für die Armen und Schwachen!

Nur an einer Stelle des alten Etats findet man noch einmal einen Posten „für Armenanstalten und milde Stiftungen“. Die Beihilfen für Restorationen erreichten lange nicht die Höhe, wie sie das neue Preußen trotz der großen Not aufgebracht hat. Auch die Landwirtschaft im allgemeinen hat im alten Preußen nicht annähernd die Unterstützung erfahren wie im neuen Preußen. In der Forstverwaltung wurden die Forstarbeiter nicht nur ganz schlecht bezahlt, sie mußten sich auch eine ganz willkürliche Behandlung gefallen lassen.

Dagegen hat, wie die Verwaltung der Fülle, direkten und indirekten Steuern im Preußenetat von 1913 zeigt,

das alte Preußen die breiten Massen rückstandslos besteuert.

Die Besitzenden wurden geschont. Die Erbschaftsteuer, die gerechteste aller Steuern, haben die Besitzenden des alten Preußen immer wieder zu hinterziehen verstanden — die Wäcker im Staatsfiskus wurden immer durch Belastung der breiten Massen zugestopft. Wenn man heute die Junker hört, könnte man glauben, daß die Armen und Kerntzen, die kleinen Arbeiter, Angestellten und Beamten im alten Preußen überhaupt keine Steuern bezahlt hätten. Aber die Junker spekulieren ja nur auf das kurze Gedächtnis des alten Volkes.

Fest steht, daß im alten Preußen Hunderte von Millionen durch indirekte Steuern aus den Volksmassen herausgepreßt wurden.

obwohl die belasteten Volksmassen im alten Preußen keinerlei Rechte, sondern nur Pflichten hatten.

Hunderte von Positionen könnte man aus den Haushaltsplänen des alten Preußen anführen, aus denen zu entnehmen ist, daß dieser Staat im Grunde volksfeindlich war, daß er nur darauf bedacht war, die Herrschaft der Adligen zu befestigen und die Macht des Klassenstaates gegen die breiten Volksmassen anzuwenden. Diese Macht wurde im Jahre 1918 gebrochen, sie darf und wird nie und nimmer wieder aufgerichtet werden.

Preußen darf nicht wieder „preussisch“ werden!

Denn das wäre die erneute Rechtslosmachung des ganzen Volkes, die Herrschaft einer adligen Clique, die keinen Volksstaat, sondern einen Klassenstaat haben will.

Wir aber wollen einen Volksstaat! Die Eiserner Front hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Volksstaat zu erhalten und auszubauen. Die Sozialdemokratische Partei und alle anderen Arbeiterorganisationen sind fest entschlossen, diesen Staat Otto Braun und Carl Severings gegen Hitler und Hugenberg zu verteidigen.

Rechnet einen Haushaltsplan des neuen Preußens zur Hand, dann erkennt ihr, welcher grundlegender Unterschied zwischen einst und jetzt vorhanden ist.

Der neue Staat sorgt nach seinen Kräften für alle Staatsbürger. Der neue Staat gibt allen gleiche Rechte, während der alte Staat die Rechte nur für die Reichen und die Pflichten nur für die Armen hatte. Für die Reichen kennt der neue Staat keine Bevorzugung. Er ist ein sozialer Staat und findet daher zur Bekämpfung der Not der Massen immer Mittel und Wege.

Die Erbschaft, die das neue Preußen im Jahre 1918 antrat, war entsetzlich! Die Staatskassen leer, Wirtschaft und Menschen zusammengebrochen, Hoffnungslosigkeit und Tränen — sonst gab es nichts im zusammengebrochenen Deutschland und Preußen!

Aber der entschlossene Wille der sozialdemokratischen Führer und ihrer Anhänger brachte es fertig, aus den Trümmern, die der Krieg zerschlagen, ein neues, geordnetes Staatsweesen zu errichten.

Die Männer, die führend daran arbeiten, waren und sind: Otto Braun und Carl Severing!

Ihnen und der Sozialdemokratischen Partei müssen wir deshalb folgen, wenn der Aufstieg des Volkes fortgesetzt werden soll! Darum am 24. April:

Für Liste 1: Otto Braun und Carl Severing

Neue Borheimer Dokumente.

Das Braune Haus hatte seine Hand im Spiel.

Die sogenannten Borheimer Dokumente, d. h. die von den heftigen Nationalsozialisten ausgearbeiteten Pläne für die Übernahme der Macht durch die NSDAP, haben vor einigen Monaten in ganz Deutschland, ja in der ganzen Welt Entsetzen erregt. Waffenerschießungen, Todesstrafe aus geringfügigem Anlaß unter Ausschluß aller Rechtsgarantien, Beschlagnahmen ohne Entschädigung, Lebensmittelablieferung — alles, was nur die Phantasie hirnkranker Gewaltprediger zu erfinden vermag, war in diesen Dokumenten vorgesehen. Angesichts des verheerenden Eindrucks, den diese Enthüllungen hervorriefen, beeilte sich das Braune Haus zu versichern, es handle sich im Fall der Borheimer Dokumente um eine unverantwortliche Privat- arbeit, an der die Parteiführung in keiner Weise beteiligt sei.

Jetzt aber stellt die heftige Regierung auf Grund ausgefundener Schriftstücke fest, daß man im Braunen Hause wieder einmal gelogen hat. Der Entstehung der Borheimer Dokumente ist ein Briefwechsel vorausgegangen, in dem Dr. Best, der Haupturheber jener tollhäußerlichen Pläne, an die Reichsleitung u. a. folgendes schrieb:

Ich sehe nur zwei Möglichkeiten der Entschädigungsfrage: 1. wir geben für jede Beschlagnahme Gutscheine aus, die a) entweder als Requisitionsscheine später eingelöst werden, oder b) als Geldersatz oder Erbschaftsumsatz in dem betreffenden Gebiet Umlaufbarkeit besitzen und später eingelöst werden.

2. Wir beschlagnahmen ohne Gegenleistung.

Dafür wird vorübergehend reine Naturalwirtschaft eingeführt. Jeder darf alle Lebensmittel (im weitesten Sinne) an uns abzuführen und erhält das für ihn Notwendige zugeteilt. Jeder Handel und Geldverkehr ist verboten. Jede Zwangsvollstreckung, jeder Zinsenlauf, jede Mietzahlung usw. (selbstverständlich auch jede Steuerpflicht) ist aufgehoben. Jede Vermögensverschönerung ist unmöglich. So wird als mittelbare Gegenleistung für die Beschlagnahme des gesamten Wirtschaftsertrages (landwirtschaftliche Ernte, gewerbliche Produktion, Zins- und Miettrag usw.) der gegenwärtige Vermögensstand gegen jede Veränderung sichergestellt.

Selbstverständlich wird auch die Arbeitskraft der Menschen beschlagnahmt

und im Wege einer Dienstpflicht für die Produktion der Lebensbedürfnisse und für die Erhaltung der Vermögenswerte — Häuser usw. — eingesetzt. Um zu wissen, welche Verordnungen zu erlassen und der regionalen Führung im Ernstfall zur Verfügung zu stellen sind, müssen wir die Ansichten und Absichten der Reichsleitung kennen. Ich bitte deshalb die folgenden Fragen zu prüfen und die Entscheidung der zuständigen Stelle in der Reichsleitung herbeizuführen:

Zu die Führung der NSDAP, falls nach Ablauf der vorausgesetzten Entwicklung die Reichsgewalt bei ihr liegt, bereit, 1. entweder die von den regionalen Führungen ausgehenden Aufträge von Reichs wegen einzulösen, 2. die zur Erhaltung des Vermögensstandes angeordneten Maßnahmen: Vollstreckungsamortatorium, Nichtigkeit von Kreditgeschäften, Aufhebung des Laufs aller Zinsen und

Fahnen heraus!

Parteigenossen, Gewerkschaftler, Arbeitersportler, Reichsbannorkameraden, Republikaner:

Zeigt die roten Fahnen des Sozialismus!

Flaggt in den Farben der Republik!

Laßt Transparente euern Willen verkünden!

Werbt auch auf diese Art für

Liste 1: Braun-Severing

sonstigen laufenden Zahlungen usw. mit Rückwirkung Gesetz werden zu lassen?

Zum Schluß wird die Reichsleitung der NSDAP. gefragt, ob die Rechtsabteilung der Reichsleitung zuständig und bereit ist, diese Fragen vorzuprüfen und mit ihrem Gutachten der zuständigen politischen Instanz zur Entscheidung vorzulegen.

Aus diesem Brief des Dr. Best ergibt sich, daß die Juristen der NSDAP. mit den Vorbereitungen zum Bürgerkrieg genau so fleißig gewesen sind wie ihre Militärs. Ferner ergibt sich aus ihm, daß die Reichsleitung Kenntnis davon hatte, welche hirnverbrannten Pläne ausgearbeitet wurden, und daß sie nichts tat, um dem Unfug zu steuern.

Hitler - Frankreich - Niederboder usw.

Man sucht sich herauszulügen, aber es gelinzt nicht.

Hitler hat das „Berl. Tagebl.“ verklagt, weil es berichtet hatte, er habe in einer Unterredung mit Ausländern das SA-Verbot auf einen Druck Frankreichs zurückgeführt. Zugleich hat er bei der braunschweigischen Regierung ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt. Jeder Zoll gekränkte Unschuld!

Am selben Tage brachte der „Bäitische Beobachter“ die Salzenüberlieferung: „Die SA-Auflösung war Frankreichs Wunsch.“

Drei Tage später erklärten die amerikanischen Journalisten, Hitler habe am 14. April die Frage, ob er glaube, die Auflösung sei auf ausländischen Druck erfolgt, bejaht und hinzugefügt, die französische Regierung habe Brüning schon vor einem Jahr darum ersucht.

Jetzt gibt Hitler vor, sich zu den Amerikanern so geäußert zu haben!

Wieso hat er zuerst geschwindelt? Wir nichten, sagt der „Bäitische Beobachter“. Die Meldung, daß Hitler die umstrittene Äußerung als Leugnung, sei ihm von einer unbekanntem Stelle in Berlin zugekommen. In Wirklichkeit hat Hitler gar nicht abgeleugnet!

Preisfrage: Warum hat er dann Strafantrag gegen das „B. T.“ und Antrag auf Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst gestellt? Alte Wahrheit! Man lügt sich leichter hinein als wieder heraus!

Nazis und Landesverrat.

Bezeichnender Vorkfall in einer Bestarp-Versammlung.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

Als Schlachtenbummler hatte ich Gelegenheit, am Montag einer Versammlung des Grafen Bestarp in den Kammerräumen in der Lantener Straße beizuwohnen. Im Verlauf seiner Rede kam der konservative Graf auch auf die bekannte Äußerung Hitlers in Lauenburg zu sprechen, er werde die deutschen Grenzen solange nicht schützen, als nicht das letzte System beseitigt sei, und erklärte dazu, er könne sich nicht denken, daß Hitler so gesprochen habe. Darauf sprangen einige junge Nationalsozialisten auf und erklärten,

für diesen Staat würden sie in Ostpreußen nicht kämpfen.

Als Graf Bestarp darauf mit sichtbarem Zerknirschens antwortete, das hieße ja, daß die Nationalsozialisten im Falle eines bewaffneten Konfliktes Staat und Volk im Stich lassen wollten, antworteten die Nationalsozialisten mit stürmischen Zurufen, sie würden dennoch so handeln, wie sie angekündigt hätten. Darauf verließen sie den Saal.

Tardieu in Genf.

Gemeinsam mit MacDonald.

Paris, 20. April.

Nach einer drei Viertelstunde wöchenden Unterredung mit MacDonald erklärte Ministerpräsident Tardieu der Presse: MacDonald hat während seines kurzen Pariser Aufenthaltes eine freundliche Aussprache mit mir gewünscht, wozüber ich mich freut. Wir haben über die beiden Länder interessierende Fragen und besonders über die gegenwärtig auf der Genfer Konferenz erörterten gesprochen. Ich habe beschlossen, heute abend gleichzeitig mit ihm nach Genf abzureisen. Wir werden im Zuge unserer Aussprache fortfahren und auch noch im Laufe des morgigen Tages. Ich weiß noch nicht, ob ich übermorgen oder erst in zwei Tagen in Paris zurück sein werde.

Gipfel der Schamlosigkeit.

„In dem von seinem Gelde bezahlten...“

Die Intitolen „D. A. Z.“ („Deutsche Allgemeine Zeitung“) werden von vielen überfegt als „Deutsche ausgehaltenste Zeitung“. Es ist bekannt, daß die „D. A. Z.“ vom Abonnement einiger tausend Amtsstellen sowie Verwaltungsstellen der Reichseisenbahn agitiert. Daneben bezieht sie noch Subventionen von gewissen großindustriellen Unternehmungen. Dieses zum größten Teil vom Geld der deutschen Steuerzahler und Eisenbahnfahrer bezahlte Blatt hat dafür die Dreifachheit, in jeder Nummer die Regierung anzurempeln. Im Bekreiß gegen das SA-Verbot nimmt die „D. A. Z.“ den Wettbewerb mit jedem Hugenberg- und Hitler-Blatt auf. Ebenso erweist sie sich gegen die beachtliche Rundfunkrede des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Dabei bringt dieses ausgehaltenste Blatt es fertig, folgende Sätze zu schreiben:

Die Ergebnisse einer dreizehnjährigen Vorherrschaft der Sozialdemokratie in Preußen liegen für jeden, der sehen will, in ihrer Unerkennbarkeit und Schändlichkeit so offen zutage, daß sie von keinem Rechenschaftsbericht mehr verschleiert werden können. Außerdem aber wünscht der Staatsbürger in dem von seinem Gelde bezahlten Rundfunk keine Parteipolitik, sondern neben Tagesnachrichten unterhaltende und bildende Kost.

Die republikanischen Steuerzahler wünschen und verlangen, daß diese Frechheiten in dem von ihrem Gelde bezahlten Blatt endlich aufhören!

Nazis gegen Konsum.

Sozialdemokratische Anschläge gegen Fensterscheiben.

Hamburg, 20. April (Eigenbericht.)

In Hamburg, Altona und in den Vororten sind in der letzten Zeit mehr als 100 Schaufensterscheiben der Konsumgenossenschaft „Produktion“ zertrümmert worden. Jetzt haben, wie die Hamburger Volksbeobachter mitteilt, die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Festnahme von 10 Personen geführt, die fast alle der NSDAP. angehören oder ihr nahe stehen und geständig bzw. überführt sind, Fensterscheiben der „Produktion“ eingeworfen zu haben. Weiter ist festgestellt worden, daß in einem Verkehrsstapel der NSDAP. der Plan entworfen ist und daß einige der Festgenommenen auch Angehörige der SA waren. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen nach weiteren an den planmäßig betriebenen Straftaten beteiligten Personen sind im Gange.

Der Koburger Schwindel.

Wie die Nazis angeblich Ordnung schafften.

In Berlin und anderswo verbreiten die Nazis ein Flugblatt, worin sie auf ihre Leistungen in der Stadt Koburg verweisen. Das Flugblatt ist gehalten in Form einer Rede des Nazibürgermeisters Schwede.

Schwede hat inzwischen öffentlich erklären müssen, daß die ihm in den Mund gelegten Zahlen und Gehaltsziffern zum großen Teil nicht stimmen.

Auch sonst ist das Flugblatt von A bis Z ein großer Schwindel. Es wird zunächst von der Witz- und Pampantischkeit geredet, die vor dem Reglerungsantritt der Nazis in Koburg geherrscht habe und angeblich von einer „Mehrheit von Marxisten“ betrieben worden sei. Wahrheit ist: In Koburg haben niemals die Sozialdemokraten eine Mehrheit gehabt, sondern immer die Bürgerlichen. Diese Bürgerlichen haben die Ausgaben bewilligt. Die im Jahre 1924 eingezogenen vier Nazis haben die Ausgabenwirtschaft der Bürgerlichen mitgemacht. Sie sind auch nie gegen eine Anleihe von zwei Millionen, die in dem Flugblatt besonders angeprangert wird, gewesen, sondern haben sich im Gegenteil bemüht, Geldgeber nachzuweisen. Bei der Herausgabe der zwei Millionen, bei der die Sozialdemokraten zu bremsen suchten, standen die Nazis an der Spitze!

Weiter behauptet das Flugblatt, daß die Nazis, nachdem sie im Jahre 1928 die Mehrheit erlangt hätten, „mit eisernem Besen“ Ordnung geschaffen hätten.

Umgekehrt ist es gewesen! Die Nazis stellten zunächst einen Refordetel mit einem Fehlbetrag von 900 000 Mark auf. Nunmehr griff die bayerische Regierung ein und stellte Koburg unter Kuratel. Seit 1928 darf Koburg keine Ausgabe mehr machen, die nicht von der Regierung genehmigt ist. Diese also hat die Ordnung geschaffen, nicht die Nazis.

In dem Naziflugblatt wird ferner behauptet, daß die Direktoren der städtischen Werke je 35 000 Mark bezogen hätten, an den Spitzgehältern der städtischen Werke hätten die Nazis allein 100 000 Mark gesparrt.

Hierzu hat der Nazibürgermeister Schwede öffentlich unter dem 11. März 1932 erklären müssen, daß diese Ziffern nicht den von ihm in seinem Vortrag tatsächlich gemachten Angaben entsprechen.

Weiter wird in dem Naziflugblatt behauptet, daß die beiden vor der Nazijära tätigen Bürgermeister 32 000 bzw. 35 000 M. Gehalt bezogen hätten. In Wirklichkeit haben sie 13 000 bzw. 11 000 M. bezogen. Der Nazi-Schwede ist angeblich „ehrenamtlicher“ Bürgermeister. In dem Flugblatt wird behauptet, daß seine Be-

züge als Bürgermeister noch die gleichen seien, die er als Werkmeister bezog, nicht ganz 300 Mark im Monat, zuzüglich 120 Mark Aufwandsentschädigung. Tatsache ist:

Der „ehrenamtliche“ Schwede bezieht 460 Mark Gehalt als Meister fort, wofür er als Meister nichts mehr tut, vielmehr hat die Stadt dazu neuen angestellt. Dazu hat er freie Wohnung, Heizung, Beleuchtung, ferner 120 Mark Aufwandsentschädigung als Bürgermeister und 405 Mark Aufwandsentschädigung als Mitglied des Bayerischen Landtags. Dazu noch Nebenbezüge als Verwaltungsratsmitglied der städtischen Sparkasse. Seine monatlichen Einkünfte übersteigen 1000 Mark.

Das Flugblatt behauptet weiter, daß es in Koburg keine Arbeitslosen mehr gäbe. Sämtliche Ausgesteuerten arbeiten angeblich im Dienst der Stadt für einen Stundenlohn von 61 Pf. Das ergibt in der Woche bei 25stündiger Arbeit einen Lohn von etwa 22 Mark zuzüglich der Zuschläge.

Tatsächlich werden in Koburg nur wenig über die Hälfte der Erwerbslosen beschäftigt. Der Lohn auf den Baustellen beträgt nicht 22 Mark, sondern 15 Mark wöchentlich. Für die Nichtbeschäftigten sind die Richtsätze niedriger als in allen anderen oberbayerischen Städten.

Nach dem Flugblatt wollen die Nazis Neubauwohnungen errichtet haben, bei denen die Zweizimmerwohnungen nur 12,60 M. Miete, die Dreizimmerwohnungen 16 bis 18 Mark kosten. — Die Ziffern sind falsch. Nach den Festlegungen der Finanzkommission betragen sie 13,50 Mark bzw. 21,15 Mark.

Es handelt sich aber — und das ist die Hauptsache — nicht etwa um reguläre Mietwohnungen, sondern um Notafälle, in denen Familien eingewickelt werden, die sonst keine Miete zahlen können. Die angeblide „Zweizimmerwohnung“ ist in Wahrheit eine Zweiraumwohnung. Der gesamte Flächeninhalt der Wohnung beträgt 30 Quadratmeter, der Flächeninhalt der angeblichen Dreizimmerwohnung 47 Quadratmeter. Die Zweizimmerwohnung ist also nicht größer als die Cadefläche eines normalen Güterwagens der Eisenbahn!

Schließlich: Im Stadtratswahlkampf 1929 hatte die deutsch-nationale „Koburgische Landeszeitung“ darauf hingewiesen, daß nationalsozialistische Stadträte, darunter auch Herr Schwede, sich wirtschaftliche Vorteile von der Stadt verschafft hätten, obwohl sie sich feierlich verpflichtet hätten, keine Vorteile anzunehmen. Der darauf verlagte Redaktor wurde mit der Begründung freigesprochen, daß der Wahrheitsbeweis in allen Fällen erbracht sei.

Die Wunderthaten der Koburger Nazis entfesseln sich also als der übliche Schwindel für Wundergläubige. Es ist der „weiße Käse“ dieser politischen Weihenberg-Zettel!

Brünings Genfer Verhandlungen

Abrüstung, Reparationen, Donauländer.

Genf, 20. April. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Brüning in Genf geführt hat, lassen sich sehr bis zu einem gewissen Grad überschauen. Sie betreffen vor allem die drei Hauptfragen der Abrüstung, der Reparationen und der Hilfe für die Donauländer.

In der Reparationsfrage haben die Besprechungen mit den Außenministern von England und Italien bereits wertvolle Übereinstimmungen ergeben. Sie beziehen sich auf die Vorbereitung und den Inhalt der Lausanner Konferenz, wobei eine Verständigung darüber erzielt wurde, daß nicht nur die Reparationen einer dringenden und schnellen Lösung endgültigen Charakters zugeführt werden, sondern auch die gesamten wirtschaftlichen Probleme gleichzeitig gelöst werden müssen. Zwischen sämtlichen Staatsmännern, deren Interessen mit dem Donauraum verbunden sind, besteht ebenfalls Übereinstimmung darüber, daß die Londoner Verhandlungen nur eine Etappe auf dem Wege der unerläßlichen Gesamtlösung gewesen sind.

Die Darlegungen Deutschlands und Italiens haben vor allem Klarheit darüber gebracht, daß an den entscheidenden wirtschaftlichen Tatsachen nicht vorbegegangen werden kann, wie etwa dem Problem des Abzuges der Getreideüberschüsse und des Bedarfs an Industrieerzeugnissen der Donauländer, denen mit reinen Finanzoperationen und politischen Gruppenbildungen nicht beizukommen ist. In Genf wird jetzt nach einem Weg gesucht, der sehr nachhaltig von der durch Staatssekretär von Bülow vertretenen deutschen Auffassung beeinflusst ist.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers über das Abrüstungsproblem sind nicht besonders fruchtbar gewesen, weil Frankreich sich sträubt, in dieser Frage vor den Kammerwahlen entscheidende Schritte zu tun. Auch der amerikanische Staatssekretär Stimson hat in der Abrüstungsfrage bisher nur vorbereitende Besprechungen geführt, doch konnte in allen Verhandlungen eindeutig festgestellt werden, daß überall der Wille vorhanden ist, von den allgemeinen Definitionen nunmehr zu den konkreten Fragen der Praxis vorzustoßen. Mit aller Ausführlichkeit wurde bereits über konkrete Vorschläge gesprochen, besonders in den Beratungen Brünings mit Stimson, Sir John Simon und Brandt. Jedenfalls konnte der Reichskanzler sich davon überzeugen, daß die bisher gefassten Entschlüsse nicht nur als Verschleppungsmanöver bemerkt werden müßten.

Der Reichskanzler wird am Donnerstag zum ersten Male persönlich an der Sitzung der Generalkommission teilnehmen.

Die Prüfung der Arbeit der deutschen Delegation hat ihm den Eindruck vermittelt, daß sie sehr sachlich, geschickt und ruhig erfolgt sei.

Die Rücksichtnahme auf die französischen Wahlen

darf nach der Meinung des Reichskanzlers nicht als Zurückweichen aufgefaßt werden, sondern bedeutet nur die richtige Beachtung der Genfer Atmosphäre. Da die entscheidenden Verhandlungen gerade neben der Kommissionsarbeit zwischen den Staatsmännern stattfinden, so marist Brüning auch mit einem etwaigen persönlichen Eingreifen in die Arbeit der Generalkommission bis nach seiner am Donnerstag stattfindenden Besprechung mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald.

Für den Erfolg der Konferenz legt der Reichskanzler das größte Gewicht auf das freiwillige Mitgehen der großen gerüsteten Länder England, Amerika und Italien auf bedeutenden Strecken des Weges, der dem Abrüstungsgläubiger Deutschland vorgezeichnet ist. Gerade die konkreten Vorschläge dieser Länder müssen für die Endlösung als ausschlaggebend betrachtet werden.

Soweit bekannt wird, ist die Dauer des Aufenthaltes von Dr. Brüning in Genf noch unbestimmt. Er wird von Sonnabend bis Sonntag zur Erfüllung seiner Wahlpflicht von Genf abwesend

sein, aber am Sonntagabend wieder nach hier zurückkehren. Anfang nächster Woche erfolgt die erste gemeinsame Zusammenkunft aller in Genf anwesenden Staatsmänner.

Verbot aller Angriffswaffen!

Deutschland unterstützt und erweitert englischen Vorschlag.

Genf, 20. April. (Eigenbericht.)

Die Abrüstungskonferenz ist heute vormittag mit der Aussprache über das Prinzip der direkten oder indirekten Abrüstung in ihre entscheidende Phase getreten. Zunächst wurde die bekannte Entschliehung gegen die Stimme Rußlands angenommen, das sich als Nichtmitglied nicht anschließen wollte. Ein amerikanischer Antrag verwarf die Beratung der Ziffern für die Abrüstungskommission, um damit die sofortige Diskussion der Abrüstungsmethoden zu ermöglichen. Die bedeutsame Wandlung der englischen Anschauung von der jahrelangen Ablehnung direkter Abrüstungsmethoden zur scharfen Vertretung der direkten Methode kam klar zum Ausdruck in der Begründung, die der Außenminister Sir John Simon dem englischen Resolutionsentwurf gab: Es bestehe kein Gegensatz zwischen der Annahme der qualitativen Abrüstung und der internationalen Macht oder der Internationalisierung gewisser Waffen, worüber die Konferenz frei entscheiden könne. Diese kleine Verbeugung vor der französischen These machte Sir John Simon gleich wieder durch die Erklärung zunichte, daß kein Staat die verbotenen Waffen mehr besitzen oder verwenden dürfe, einzeln, ob sie abgefaßt oder internationalisiert würden. Daher schlägt die englische Delegation vor: „Die Konferenz erklärt, ohne Präjudizierung anderer Vorschläge zu den folgenden Punkten der Tagesordnung, daß sie das Prinzip der qualitativen Abrüstung annimmt. Das bedeutet die Auswahl bestimmter Kategorien oder Typen von Waffen, deren Unterhaltung oder Verwendung sämtlichen Staaten verboten sein soll durch eine internationale Konvention.“ Sir John Simon berief sich auf alle Redner, welche die gleiche Methode verlangt hatten. Sie sei der einzige praktische Weg zur wirklichen Abrüstung.

Radioing. Deutschland begrüßte lebhaft diesen Vorschlag mit der einzigen Einschränkung, daß er nicht weit genug gehe. Er verlangte im Namen Deutschlands darüber hinaus das Verbot als einen nur ersten Schritt zur völligen Abrüstung aller der Angriffswaffen, die durch die Friedensverträge gewissen Staaten verboten sind. Besonders die Militärflugfahrt stelle eine schwere Bedrohung für die Staaten dar, die sie nicht haben. Eine Internationalisierung, die sich auch gar nicht übersehen ließe und bisher nur in allgemeinen Projekten für die Angriffswaffen vorgeschlagen worden ist, sei keine Abrüstung. Es lasse sich noch nicht abschätzen, ob Verbot und Internationalisierung nicht sogar miteinander vereinbar seien. Nun müsse der erste entscheidende Schritt für den Erfolg der Konferenz getan werden. Deutschland habe bewiesen, daß die Abschaffung der Angriffswaffen möglich sei; dafür könne keine individuelle Methode, sondern nur die unentbehrliche allgemeine Abschaffung in Frage kommen. Deutschland erkläre feierlich, daß dieses Verbot unerläßlich für das gemeinsame Werk sei. Die Konferenz habe nur zwischen Ja und Nein zu entscheiden und Deutschland hoffe, daß sie klar entscheiden werde.

112 spanische Syndikatslisten wurden vor Wochen nach Afrika deportiert. Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat auf ihre Vorstellungen zugunsten dieser Verurteilten jetzt von der spanischen Behörde die Mitteilung erhalten, daß bereits ein Teil der Deportierten in Freiheit gesetzt worden ist und der Rest baldigst nach der spanischen Halbinsel zurückkehren wird.

Bauernfreundlichkeit der Hohenzollern.

Staatssekretär Krüger entlarvt die rechtsradikale Lügenpropaganda.

Der Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Krüger, nimmt Gelegenheit, die Lügenpropaganda der Rechtsradikalen zu entlarven. Anlaß bildet eine Darstellung des Grafen Kalkreuth in der „Grünen Wochenschau“. Der Mann ist Präsident des Reichslandbundes und Nachläufer der Nationalsozialisten. In der „Grünen Wochenschau“ macht er gegen die „marxistische Bürokratie in Preußen“ hart. So schreibt er z. B. über die Zwangsversteigerungen in Preußen u. a. folgendes:

„Nur den seit 1924 in Preußen zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Betrieben waren 28,9 Proz. unter 5 Hektar, 31,6 Proz. 5—20 Hektar, 18 Proz. 20—50 Hektar, 9,4 Proz. 50—100 Hektar und 16,1 Proz. über 100 Hektar groß. Diese Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft demaskiert die angebliche Bauernfreundlichkeit der preussischen Staatsregierung und zeigt ihr wahres Gesicht.“

Staatssekretär Dr. Krüger fragt nun den Grafen Kalkreuth: „Haben Sie sich schon einmal die Zahlen der Jahre 1913/14, also in der Zeit der Hohenzollernherrschaft, angesehen? Ich nenne sie nach der amtlichen Statistik. Danach entfielen im Jahre 1913/14 bei den Zwangsversteigerungen in Preußen auf die Betriebe von unter 5 Hektar = 49,6 Proz., unter 5 bis 20 Hektar = 29,6 Prozent, unter 20 bis 50 Hektar = 11,1 Proz., unter 50 bis 100 Hektar = 3,6 Proz. und über 100 Hektar = 5,9 Proz.“

„Der Gesamtanteil der bäuerlichen Grundstücke in ihren verschiedenen Größenklassen (bis zu 100 Hektar) belief sich,“ so fährt Krüger fort, „also bei den Zwangsversteigerungen im Jahre 1913/14 auf 94,1 Proz. Seit 1924 dagegen nach dem Grafen Kalkreuth selbst auf 83,9 Proz. Also: In der vom Grafen Kalkreuth so gepriesenen Zeit der Hohenzollern war der Anteil der bäuerlichen zwangsversteigerten Grundstücke unter 100 Hektar an der Gesamtzahl der zwangsversteigerten Grundstücke in Preußen um 10,2 Proz. größer als in dem „unglücklichen“ unter der angeblich „marxistischen Bonzenherrschaft“ so schwer seufzenden Preußen der Nachkriegszeit.“

Will Herr Graf Kalkreuth daraus den Schluß ziehen, daß damit auch die Bauernfreundlichkeit der Hohenzollern demaskiert sei?

Wenn im übrigen Graf Kalkreuth die Landbevölkerung vor den häufigen Nachhabern in Preußen bange machen und die herrlichen Zeiten vor 1918 wieder einführen will, so traut er offenbar den Bauern und Landarbeitern ein sehr schlechtes Gedächtnis zu. Die Landarbeiter wissen genau, daß nicht der Graf Kalkreuth und seine Freunde, sondern der Rat der Volksbeauftragten und der damalige Landwirtschaftsminister, jetzige Ministerpräsident Braun, die Landarbeiter von den unwürdigen Besindeordnungen befreit und ihnen das volle Koalitionsrecht gegeben haben. Die Landarbeiter wissen auch genau, daß die Republik Preußen bemüht gewesen ist, ihnen das Wahlrecht für die Landwirtschaftskammern zu geben und daß sie sich beim Landbund des Grafen Kalkreuth zu bedanken haben, wenn diese Forderung der Gerechtigkeit heute noch nicht erfüllt ist.

Und was die Bauern angeht, um deren Stimmen sich der Landbund so ängstlich bemüht, so braucht man nur folgende Fragen zu stellen: Wer hat den kleinen ländlichen Besitzern endlich das Wahlrecht für die Landwirtschaftskammern verliehen? Nicht Graf Kalkreuth und seine Freunde, solange sie in Preußen regierten, sondern ebenfalls erst der Freistaat Preußen!

Wer hat Zehntausenden von landhungrigen Häusern und Landarbeiten das so dringend benötigte Land beschafft? Wieder die preussische Staatsregierung, die seit 1919 fast 25 Proz. ihres Domänenbestandes für Neu- und Anliegerpflanzungen abgegeben hat, und die darüber hinaus die Siedlungstätigkeit gegenüber der Vorkriegszeit um ein Mehrfaches gesteigert hat.

Und endlich, wer hat mehr getan für die fachliche Ausbildung der kleinen und mittleren Bauern, die die notwendige Grundlage der Wirtschaftsführung in der heutigen Zeit bilden? Lassen wir die Zahlen sprechen:

Im Jahre 1913 gab es rund 6800 gärtnerische und ländliche Fortbildungsschulen, im Jahre 1930 dagegen 12 220, im Jahre 1913 gab es 239 Winterschulen, 1930 dagegen 410.

Wird Graf Kalkreuth in solchen Maßnahmen, wie sie der Erweiterung des Wahlrechts für die Landwirtschaftskammern, der Ausdehnung der Siedlungstätigkeit und der Verbesserung des ländlichen Bildungswesens, die von den republikanischen Landwirtschaftsministern Braun und Steiger getroffen wurden, eine bauernfeindliche Einstellung der preussischen Staatsregierung? Im Land selbst wird man anders darüber denken!

Nazibanden in Wien.

Heimsuchung der Gemeindewohnbauten.

Wien, 29. April. (Eigenbericht.)

Wiederholt haben braune Flugblattpartierer Gemeindewohnbauten „besucht“ und die zumeist proletarischen Bewohner frech herausgefordert. Am Mittwochmorgen 5 Uhr drangen 10 Hakenkreuzler in einen Gemeindewohnbau im Arbeiterbezirk Favoriten (Wien X) ein, überfielen den Hauptwart und verletzten ihn erheblich. Um 11 Uhr vormittags drangen 100 Nazis in den Gemeindewohnbau Vindobona ein. Am Hof überfielen sie sozialdemokratische Bewohner, u. a. auch Frauen mit Knäppeln und Gummistiefeln. Derart, daß mehrere Sozialdemokraten erheblich verletzt wurden und zwei von ihnen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Schließlich wurden die Hakenkreuzler von Arbeitern aus dem Hause hinausgeprügelt, mehrere wurden verhaftet.

Die polizeilichen Feststellungen ergaben, daß unter den Nazis viele Reichsdeutsche sind, die offenbar zum Zweck der Organisierung von Terrortruppen nach Wien geschickt worden sind.

Fliegerbomben auf Wohnhöhlen.

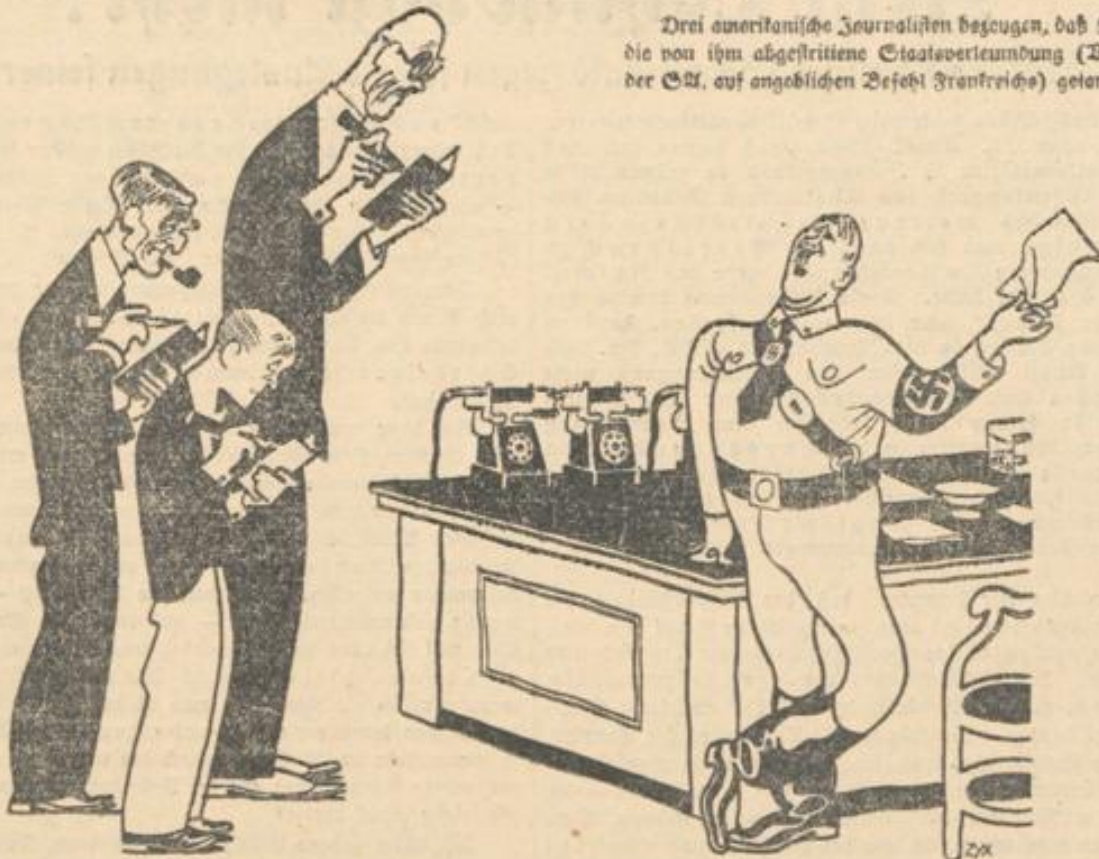
Englischer Krieg gegen Kurden.

Bagdad, 20. April.

Ein britisches Flugzeug hat einer großen Truppe kurdischer Aufständischer, die in ihrer Bergfestung in Höhlen hausen, schwere Verluste beigebracht. Die Flieger erzielten einen Volltreffer mit einer Bombe auf einen Trupp Aufständischer, von denen, wie vermutet wird, zehn getötet wurden. Mehrere Verluste wurden den Kurden durch Maschinengewehrsfeuer beigebracht. Zwei Drak-Flieger, die an den Operationen teilnahmen, stürzten mit ihren Flugzeugen über dem Berge ab und wurden getötet.

Der Selbstverleugner.

Drei amerikanische Journalisten bezogen, daß Hitler die von ihm abgeleitete Staatsverleumdung (Verbot der SA, auf angeblichen Befehl Frankreichs) gelten hat.



„Meine Herren Journalisten, wahrlich ich sage euch, ehe der Hahn fräht, werde ich meine Worte dreimal dementieren.“

Große Siedlungsaktion in Preußen

Zwei Millionen Morgen Land stehen bereit.

Amlich wird mitgeteilt:

Am 19. April 1932 fand unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers eine Besprechung sämtlicher an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligten Reichsminister statt.

Die Abwicklung der Osthilfe mit ihrem großen Landanfall und gleichzeitig die Förderung breiter Kreise nach ländlicher Ansiedlung verlangten eine positive Lösung. Die Reichsregierung sieht in einem großzügigen Siedlungswert im Osten eine schöpferische Tat des Wiederaufbaues nach all den notwendigen, aber nur negativen Abwehrmaßnahmen zum Schutze von Staat und Wirtschaft. So kann auch der gegenwärtige juchende Druck erzwungener Untätigkeit und feilscher Zermürbung von unserem Volke genommen werden.

Zwei Millionen Morgen Land.

Das trotz aller Hilfsmaßnahmen den bisherigen Eigentümern nicht erhalten werden kann, soll Zehntausende neuer Siedler im deutschen Osten fest verankern. Die Guts- und Landarbeiter wie die Bauernsöhne des Ostens, in der alten Heimat neu verurzelt und mit neuem Blut aus dem Ueberfluß der Landwirtschaft des Westens belebt, bilden einen festen Ball zur Erhaltung deutschen Wesens und deutscher Kultur im deutschen Osten.

Für Tausende wird die hoffnungslose Erwerbslosigkeit behoben, Handel und Gewerbe im Osten können neu aufblühen.

Trotz aller Räte der Wirtschaft und Schwierigkeiten der Finanzen des Reichs ist die Reichsregierung entschlossen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Diese neue Siedlung wird aber im Gegensatz zu den Siedlungen einer wirtschaftlich günstigeren Vergangenheit so einfach und sparsam errichtet werden müssen, daß sie dem Siedler auch unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein dauerndes Fortkommen bietet.

Darum muß aber auch der neue Siedler auf alle übersteigerten Ansprüche verzichten. Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuden aus billigen hohenzollernischem Material, wo immer möglich aus Holz, kann ihm für den Anfang bereitgestellt werden. In umfassender Weise muß der Siedler selbst am Aufbau mitwirken. Der freiwillige Arbeitsdienst muß weitgehende Hilfe leisten.

Neue Siedlungsformen müssen ohne bürokratische Hemmungen und überflüssigen Schematismus für dieses Werk gefunden werden.

Die Bereitschaft weiter Kreise zur Mitarbeit in allerlei Formen von Gemeinschaften und Bänden muß voll ausgewertet werden. Eine außergewöhnliche Zeit verlangt außergewöhnliche Maßnahmen.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung dieses Werkes sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden.

Stahlhelm in geklauter Uniform.

Marinefeldwebel plündert Kleiderkammern. — Stahlhelm kauft die gestohlenen Sachen beim Juden auf.

Kiel, 20. April. (Eigenbericht.)

Die Kieler Bevölkerung hat sich seit langer Zeit darüber gewundert, wie der Stahlhelm immer wieder zu neuen Militäruniformen und Militärmänteln kommen konnte. Auch SS-Beute sah man sehr viel in nagelneuen selbstgrauen Militärmänteln herumlaufen. Das Rätsel hat jetzt endlich seine Lösung gefunden. Die Uniformen und Militärmäntel sind von einem Feldwebel der Marines-Artillerie-Abteilung in Kiel-Bil gestohlen worden. Ein berüchtigter, mehrfach wegen gewerbsmäßiger Hehlerei vorbestrafter Kleiderhändler, der dazu noch Jude ist, hat das gestohlene Heeresgut aufgekauft und an den Stahlhelm weiterverkauft. Auch die RSDAP. soll vereinzelt Uniformstücke bei dem Kleiderhändler erworben haben. Beide Organisationen wollen aber im guten Glauben gewesen sein. Der Kleiderhändler hat ihnen eine Bescheinigung der Marineverwaltung, nach der er im März 1931 Uniformlumpen aufgekauft hat, vorgezeigt.

Wundern muß man sich aber doch, daß diese Herren von der nationalen Opposition, die sonst so um die nationalen Belange besorgt sind und die sonst überall Korruption wittern, ausgerechnet zum Juden gehen und sich gar nicht darüber wundern, daß sie hier nagelneue Militärausrüstungsgegenstände, deren Herkunft ganz zweifellos ist, in jeder Menge zu Spottpreisen aufkaufen können!

Für die Diebes- und Hehlergesellschaft hat dieser unglaubliche Fall jetzt sein gerichtetes Nachspiel und seine Sühne gefunden. Das Kieler Schöffengericht verurteilte den Marinefeld-

webel Richard Radtke wegen fortgesetzter militärischer Unterschlagung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Degradation und Ausstoßung aus dem Heere. Radtke, der bei seiner Verhaftung fast seine 12jährige Dienstzeit ohne Strafen vollendet hatte, ist geständig, vom März 1931 bis Anfang 1932 fortgesetzt aus der Kleiderkammer der Marine-Artillerie-Division in Kiel, die er zu verwalten hatte, große Mengen alter und neuer Uniformen, Mäntel und Tornister gestohlen zu haben. Der Kleiderhändler Gustav Knoblauch wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und der Kleiderhändler Alfred Jarnike wegen einfacher Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte weit höhere Strafen beantragt.

Das neue Preußen.

Zurückweisung einer reaktionären Wahlflüge.

In dem rechtsradikalen Blatt „Vorstoß“ vom 17. April d. J. wird behauptet, Preußen habe in sieben Jahren aus einem Ueberfluß ein Defizit von 928 Millionen gemacht. Amlich wird dazu festgestellt:

„Diese Behauptung ist unrichtig. Der preussische Haushalt war bis Anfang 1930 ausgeglichen. Erst 1930 und 1931 ergaben sich infolge des durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erfolgten Rückgangs der Steuern und der Wirtschaftsschrumpfung Fehlbeträge, die aber nur rund 121 und rund 170 Millionen Mark betragen. Im Verhältnis zu dem Umfang der Wirtschaftskrise halten sich diese Fehlbeträge infolge der einschneidenden Ersparnismaßnahmen noch in durchaus mäßigen Grenzen. Völlig unrichtig ist auch die Behauptung, daß der Haushalt die Bevölkerung zunehmend belaste. Im Gegenteil sind die Nettoausgaben des preussischen Staates 1932 gegen 1930 von insgesamt 3,6 auf 2,5 Milliarden, also um fast ein Drittel, gesenkt worden und bleiben noch 13 Proz. unter dem Zuschußbedarf von 1923 zurück. Die gesamte preussische Staatsschuld beträgt nur 600 Millionen Mark, also nur einen Bruchteil der Vorkriegsschuld (10,4 Milliarden und 2,6 Milliarden ohne Eisenbahnschulden).“

Wieder zwei Naziblätter verboten. Die nationalsozialistische Tageszeitung „Rastauer Volksblatt“ wurde ebenso wie das „Frankfurter Volksblatt“ wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Befämpfung politischer Ausschreitungen für die Zeit vom 19. bis 28. April verboten.

Das Reichsbanner ruft:

Flaggen heraus! Republikaner, zeigt Bekennernut!

Flaggt schwarzrotgold!

„Kum bald wedder!“

„Eiserne Front“ erobert das Land — Wir kommen wieder!

Das Postauto rortert mit vierzig Kilometer Höchstgeschwindigkeit durch die Uckermark, vorbei an herrlichen Seen, die eingebettet liegen in kleinen Talmulden, umgeben von schweigenden Wäldern. Hier gibt es keine Eisenbahnverbindung, nicht einmal die eingleisige Bahn, die uns noch bis zur letzten Kreisstadt brachte, verfehrt hier. Das Postauto ist das einzige Verkehrsmittel; Bauern sitzen drin, die in der Kreisstadt zu tun hatten, Frauen mit großen Tragkörben, ein paar Kaufleute, Vertreter für landwirtschaftliche Maschinen, die schon im Auto das Geschäft vorbereiten. Aber die Bauern klagen über die schlechten Zeiten, über die Preise — „es muß doch mal anders werden“.

„Es muß doch mal anders werden“, das ist dann auch gleich das Thema in unserer Versammlung am Abend. Ein kleines Dorf, Bauern gibt es hier gar nicht, nur kleine Bädner, Waldarbeiter, die nebenbei noch ein bißchen Landwirtschaft haben. Und ein großes Gut gibt es, das eine ganze Anzahl Landarbeiter beschäftigt. Etwa 150 Einwohner hat das Dorf, in unserer Versammlung sind etwas mehr als 40 Personen. Ein paar sind aus der Nachbarschaft gekommen, trotz Regen und aufgeweichten Wegen. Jeder kennt hier jeden. Reinen Mantel wollte ich mit in den Versammlungsraum nehmen. „Lassen Sie ihn ruhig hängen“, sagt der Bier, „hier nimmt niemand etwas weg.“ Und so, wie Leute, die einander kennen, unterhalten wir uns auch. Wir sprechen über die Reichspräsidentenwahl und über die Freuenwahl. Ein Referat von fünfviertel Stunden hören sie schweigend mit an. Es sind ruhige, bedächtige Menschen hier, sie überlegen langsam und vorsichtig, was man ihnen erzählt. Unser Bertrouensmann, der einzige Genosse dort, spricht dann noch ein paar Worte, und fordert zur Diskussion auf. Niemand meldet sich, aber unter Freund kennt seine Leute. Wir schließen die Versammlung und rücken etwas näher zusammen. Und dann erzählt sie. Die kleinen Sorgen beim Holz- und Beeren sammeln, Maßnahmen amtlicher Stellen, die sie nicht verstehen. Kleine Dinge, gewiß, aber daraus besteht ihr Leben.

Und dann kommen auch wichtigere Ereignisse. In diesem erlebnisreichen, abseitigen kleinen Dorfe erinnert man sich noch sehr gut an den Kampf um die Fürstenabfindung. Ein Alter, der sich in die Liste eingetragen hat, erzählt, wie der Forstbeamte, bei dem die Liste auslag, ihm abreden wollte. Der Bier berichtet, daß er nicht gewagt hat, seinen Stimmzettel abzugeben, weil man ihn sonst bestkattiert hätte. Auf diese Weise stoßen sie von selbst auf einen Fehler im Funktionieren der Demokratie. Das muß geändert werden, verlangen sie. „Und dann geht mal ordentlich gegen Hitler vor.“ Ueber den Terror der Hitler-Banden wird überall gellagt. Die Hitler-Jungens haben die Unterstützung der Gutsinpektoren und sonstiger einflußreicher Leute hinter sich und machen sich stark. In einem Dorfe erzählt man mir, wer zu den Nazis gehört. „Zwölf junge Burschen sind in der SA. Davon sind zwei Brüder Kinder eines Trinters und beide schwachsinzig. Ein anderer ist wegen Verletzungen aus der Schupo entlassen worden. Und über den Führer, den jungen Borkwaller vom Gut, wird unwiderprochen erzählt, daß er auf seiner letzten Stellung unterschlagen habe.“ — „Und die Bauern, die bei den Nazis sind,“ fügt der Bierjohn, der mir das erzählt, hinzu, „sind alle im Sicherungsverfahren, viele durch eigene Schuld. Was sollen wir denn von den Nazis halten, die erzählen doch immer, daß die Tüchtigsten die Wirtschaft führen sollen, aber sie können ja selber ihre Wirtschaft nicht in Ordnung halten. Die Bauern sind alle bei den Nazis, weil sie glauben, daß sie im Dritten Reich ihre Schulden nicht zu bezahlen brauchen.“

Gerne möchten die Nazis verhindern, daß die Landarbeiter überhaupt in sozialdemokratische Versammlungen gehen. Sie wollen das Feld allein beherrschen, und mit allen Mitteln versuchen sie ihre Macht zu behaupten. Die Plakate, die man untermwegs sieht, sind fast ausschließlich von den Nazis. Die Gastwirte werden veranlaßt, den Saal für unsere Versammlungen nicht herzugeben. Aber die Nazis können doch nicht verhindern, daß wir mehr und mehr an Boden gewinnen. Der Inspektor eines großen Gutes hatte seinen Arbeitern geradezu verboten, die Versammlung der „Eisernen Front“ zu besuchen, andernfalls er sie entlassen wollte. Am Abend waren diese Landarbeiter auch nicht in unserer Versammlung, aber sie saßen in der Gaststube — und wir ließen die Verbindungslur offen stehen. Auf diese Weise waren sie dann doch bei uns.

Auf's Land! Diese Forderung müssen wir in der Zukunft mehr berücksichtigen. Welche Sympathien für uns bestehen, bewies ein Juraß, als wir uns eines Abends von einem Dorfe verabschiedeten, in dem seit 1930 noch keine Versammlung wieder von uns stattgefunden hatte. „Kum bald wedder!“ rief man hinter uns her. Und wir werden wiederkommen, dann wird auch das Land mehr für die Sozialdemokratie gewonnen werden.

Nazis provozieren wieder.

Vor und nach der gestrigen Nazifundgebung im Lustgarten wurden eine Reihe von Nationalsozialisten von der Polizei festgenommen. Um 16 Uhr marschierte ein Trupp früherer SA-Leute in Stärke von etwa 40 Mann durch die Artilleriestraße. Von einem Polizeiposten wurde die Gesellschaft festgenommen und der politischen Polizei übergeben. — An verschiedenen Stellen in der Umgebung des Lustgartens kam es zu Auseinandersetzungen von Hakenkreuzern mit Linksrädikalen. In den meisten

Fällen verhinderte die Polizei durch rechtzeitiges Dazwischentreten ernstere Folgen. — Als ein Nazitrupp gegen 19 Uhr die Deagonerstraße passierte, hatten sich in kurzer Zeit etwa 1500 Personen angelagert. Lediglich dem besonnenen und umsichtigen Verhalten der Polizei ist es zu danken, daß es an dieser Stelle nicht zu einer Massenmordanschlag gekommen ist. — In einem Falle bedrängten am Schloßplatz mehrere Nazis einen Beamten, zwei der nationalsozialistischen Hauptangeklagten wurden verhaftet.

Mißlungener Hakenkreuzlerstreich!

Auf dem Gelände der Rotard-Sternfeld-Werke in Spandau, die zur Zeit stillliegen, kletterten in der Nacht mehrere Nazis auf einen hohen Fabriksschornstein und befestigten oben eine Nazifahne. Als der Wächter durch das Anschlagen seines Hundes aufmerksam wurde und nach der Ursache forschte, sah der Mann gerade noch, wie ein Nazi im Begriffe war, die letzten Sprossen am Schornstein hinterzuklimmen. Der Wächter wurde von dem Nazibanditen mit Schußbereiter Pistole in Schach gehalten. Während die Komplizen bereits das Weite gesucht hatten, erlief auch der bewaffnete Hiltgardist. Von der Werkleitung war die Hakenkreuzfahne bereits in den frühen Morgenstunden wieder entfernt worden.

„Den haben wir fertig gemacht.“

Die Nazi-Angeklagten im „Felsen“ Prozeß.

Schon der erste Verhandlungstag im Prozeß „Felsen“ bestätigte, was bereits aus den polizeilichen Berichten bekannt war: die ganze Verantwortung für die blutigen Ereignisse der Nacht vom 18. auf den 19. Januar fällt auf die jetzt angeklagte SA.

Die Statut der Kommunisten kann nicht gerechtfertigt werden. Aber als die Kommunisten sich einfinden, glaubten sie die Kolonisten in Gefahr und stürzten sich auf die Angreifer; der Maler Schwarz brauchte dabei nicht sein Leben einzubüßen. Wie aber der Kommunist Klemente zu Tode kam, schilderte der angeklagte Nationalsozialist Dorst. Er war ungefähr der 31. im Zuge der 130 Nationalsozialisten. Man hatte einen durch nichts zu rechtfertigenden Anweg an der Kolonie „Felsen“ vorbei gemacht. Dorst kannte „Felsen“. Er hatte eine alte Feindschaft mit dem Kolonisten Hamann. Das Alarmzeichen der Kolonisten durchbrach die Stille der Nacht, es erlösten Schreie: dieser Angeklagte wie auch der nächste müssen bestätigen, daß die Schüsse nicht gegen die Nationalsozialisten gerichtet waren, das Mündungsfeuer eines Schusses zeigte j. B. klar in die Luft. Unmittelbar danach stürzten sich etwa 10 bis 12 Nationalsozialisten auf den Arbeiter Klemente. Dorst selbst will unter den Angreifern nicht gewesen sein. Früher hat er seine Mitangeklagten Strauch und Schwarz mit Bestimmtheit als diejenigen bezeichnet, die auf

Klemente mit eingeschlagen haben. In der Gerichtsverhandlung meinte er, er glaubt, daß sie dabei gewesen waren. Als er mit Strauch zusammen nach Hause ging, sagte ihm dieser: Den haben wir fertig gemacht. Dorst hat auch den Mann gesehen, der auf Klemente den Schuß abgefeuert hat. Wer es war, kann er nicht sagen. Kaum war aber der tödliche Schuß gefallen, als der Sturmbannführer Schulze das Pfeifensignal zum Sammeln gab. Gleich darauf erschien auch das Heberfallkommando, es fand im Rinnstein den toten Klemente liegen und jagte die Nationalsozialisten mit Gummiflämpeln auseinander.

Der Angeklagte Strauch erzählt den Hergang so wie Dorst. Er bestreitet, unter den Angreifern gewesen zu sein, er habe abseits gestanden. Erst auf dringenden Vorhalt des Vorsitzenden muß er zugeben, dem Angeklagten Dorst und auch einem anderen SA-Mann gegenüber geäußert zu haben, er habe Klemente den Rest gegeben, und zwar mit einer derartigen Wucht, daß seine Stahlrute dabei zerbrochen sei. Er will diese Äußerung nur aus Renommisterei getan haben. Der Angeklagte Dorst wird übrigens von einem der kommunistischen Angeklagten bezichtigt, auf andere eingeschlagen zu haben.

Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Das billigere Fleisch.

Fortsetzung der Aktion bis Ende Juni.

Die Fleischverbilligung für Erwerbslose wird nach Beilegung der finanziellen Schwierigkeiten auch in den Monaten Mai und Juni fortgesetzt. Auf Grund einer zwischen dem Reichsernährungsminister Dr. v. c. Schiele und dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich zustande gekommenen Vereinbarung werden, wie die „Fleischer-Verbandszeitung“ erzählt, nochmals 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Damit diese vier Millionen bis Ende Juni reichen, ist die bisherige Grundlage der Fleischverbilligung insofern verlassen worden, als in Zukunft der Gutschein nicht mehr auf 30 Pf., sondern nur noch auf 20 Pf. pro Pfund und Woche lautet. Für die Erwerbslosen ermäßigt sich demnach der Preis für das Pfund Fleisch in Zukunft um 20 Pf. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Fleischpreise seit Beginn der Fleischverbilligungsaktion ebenfalls gesunken sind.

Die Abchnitte, die neu zur Ausgabe gelangen, werden für jeweils zwei Wochen ausgeben. Insgesamt umfaßt die das Fleisch für die Erwerbslosen um 20 Pf. verbilligende Maßnahme 8 Wochen und wird sich bis in die letzte Juniwoche ausdehnen. Zum Herbst und Winter wird dann nach der Sommerpause die Fleischverbilligung erneut und mit stärkeren Mitteln wieder in Angriff genommen werden.

Lustgarten-Demonstration der Nazis. Die Nationalsozialisten waren gestern in den Lustgarten gezogen, um ihren Daueredner Goebbels über die Freuenwahlen reden zu hören. Die Kundgebung war, auch in ihrem äußeren Aufbau, nichts weniger als imponierend. Der Lustgarten war nur zur Hälfte gefüllt. Josef Goebbels hielt eine seiner üblichen demagogischen Bahreden, etwas Neues mußte er nicht zu sagen.

Alles marschiert

am Freitag, dem 22. April, 18 Uhr, nach dem

Lustgarten

Redner: Dr. Rud. Breitscheid Mitglied des Reichstages

Der Anmarsch erfolgt von 6 Sammelplätzen aus Antreten 16.30 Uhr / Abmarsch 16.50 Uhr

Sammelplätze:

1. Stadtbezirke Wedding, Mitte, Reinickendorf und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 $\frac{1}{2}$ Uhr Grenzstraße (Humboldthain), Spitze des Zuges Brunnenstr. Marsch durch Brunnen-, Elsasser, Artilleriestr., Am Kupfergraben, Museumstr., Lustgarten.
2. Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 $\frac{1}{2}$ Uhr Danziger Str. (Mittelpromenade), Spitze des Zuges Weißensburger Straße. Marsch durch Weißensburger Straße, Schönhäuser Allee, Dragoner-, Roch-, Neue Friedrich-, Museumstraße, Lustgarten.
3. Stadtbezirke Friedrichshain, Lichtenberg, Troptow, Köpenick und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 $\frac{1}{2}$ Uhr Küstriner Platz, Spitze Fruchtstraße. Marsch durch Frucht-, Friedenstr., Prenzlauer Berg, Prenzlauer Allee, Lothringer-, Weidinger-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.
4. Stadtbezirke Krouzberg, Neukölln und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 $\frac{1}{2}$ Uhr Fontanepromenade, Spitze Urbanstraße. Marsch durch Urban-, Bärwald-, Prinzen-, Dresdener, Neue Roß-, Roß-, Breite Straße, Schloßplatz, Lustgarten.
5. Stadtbezirke Tempelhof, Schönberg, Zehlendorf, Wilmersdorf und Steglitz und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 $\frac{1}{2}$ Uhr Hornstraße, Spitze des Zuges Yorckstr. Marsch durch Yorck-, Gneisenau-, Zossener Straße, Zossener Brücke, Alte Jakob-, Neuenburger, Linden-, Markgrafen-, Französische, Werderstraße, An der Stechbahn, Lustgarten.
6. Stadtbezirke Charlottenburg, Tiergarten, Spandau und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 $\frac{1}{2}$ Uhr Kleiner Tiergarten, Spitze des Zuges Stromstraße. Marsch durch Alt-Moabit, Invaliden-, Hessische, Hannoversche, Elsässer Straße und weiter wie Zug Grenzstraße.

Alle Sozialdemokraten, alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter u. Arbeiterinnen, alle Arbeitersportler, alle Reichsbannerkameraden, alle Republikaner sind zur Stelle!

GRATIS - 247 wertvolle
Rezepte! Für jede Hausfrau
das **SANELLA KOCHBUCH**



Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio

SCHREIBEN SIE AN: MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

Neue Ostbahnüberführung.

Heute Inbetriebnahme am Bahnhof Kummelsburg.

Ab heute soll das Fern- und Vorortgleis Strausberg—Berlin Schlesischer Bahnhof und in der Nacht vom 26./27. April dieses Jahres das Fern- und Vorortgleis Berlin Schlesischer Bahnhof—Strausberg über die neue Ostbahnüberführung hinweg in Betrieb genommen werden.

Der Bau der neuen Ostbahnüberführung, die die Straße Berlin—Strausberg über Ne Vorortgleise Berlin—Erfner und über das Ferngleis Fürstenwalde—Berlin führt, wurde notwendig, weil die alte Überführung den heutigen erhöhten Verkehrslasten nicht mehr genügt und die Unterhaltungskosten von Jahr zu Jahr höher wurden. Die alte Ostbahnüberführung hat zwei Stützweiten von je 23,40 Meter und 4 Stützweiten von je 18,20 Meter; die neue wurde mit nur zwei Stützweiten von 55,42 und 64,58 Meter ausgeführt. Der Mittelpfeiler steht auf dem Bahnsteige des Betriebsbahnhofs Kummelsburg. In den Betriebsgleisen unter der Ostbahnüberführung wurden 7 Behelfsbrücken von 12 bis 16 Meter Stützweite eingebaut, um die neuen Widerlager und den Mittelpfeiler herstellen zu können. Die neuen Fundamente mußten zwischen eingerammten eisernen Spundwänden bis 15 Meter tief gegründet werden, da der Boden bis zu dieser Tiefe stark mit Moorschichten durchsetzt ist. Die neuen Widerlager und der Mittelpfeiler wurden in Eisenbeton hergestellt. Die Fundamente wurden gegen Moorsäure und säurehaltiges Grundwasser durch eine besondere Decke aus Minkerssteinen in Bitumen geschützt. Die zwei neuen eisernen Ueberbauten haben ein Gewicht von rund 1218 Tonnen und wurden auf einer besonderen Montagerrüstung über den Vorortgleisen der Straße Berlin—Erfner und dem Ferngleis Fürstenwalde—Berlin montiert. Nach Entfernung der Montagerrüstung wurden die neuen eisernen Ueberbauten um rund 2 Meter auf die neuen Auflager abgesetzt.

Fernseh-Versuche auf Europahaus.

Aufstellung des neuen Ultra-Kurzwellensenders.

Auf dem Europahaus am Anhalter Bahnhof wird demnächst der neue Ultra-Kurzwellensender Reichspost versuchsweise aufgestellt werden, der als der größte Kurzwellensender Europas angesehen werden kann. Er hat die beachtliche Leistung von 15 Kilowatt und soll in erster Linie für Fernsichtzwecke Verwendung finden. Auch zur Lösung wichtiger Probleme des störungsfreien Rundfunkempfangs in Großstädten soll der Sender beitragen. Später soll der Ultra-Kurzwellensender voraussichtlich auf dem Funkturm in Wilmersdorf aufgestellt werden, der durch den neuen Berliner Rundfunksender auf dem Tegeler Schießplatz seinen bisherigen Zweck entzogen wird.

Der Bergsturz bei Cochem.

Weitere Abstürze in Aussicht.

Cochem, 20. April.

Wie zu dem Bergsturz bei Cochem noch mitgeteilt wird, war der Berg bereits in den letzten Tagen überaus unruhig. Ständig stürzten kleinere und größere Felsmassen zu Tal. Im Laufe des Dienstags fielen Beobachtungsposten fest, daß sich die Spalten im Bergrücken um etwa einen halben Meter verbreitert hätten. Gegen 18 Uhr abends ereigneten sich wieder größere Abstürze, wobei die ersten Gesteinsmassen die Straße erreichten. Beim Eintritt der Dunkelheit ließ die Stadtverwaltung die Gefahrenstelle mit einem Scheinwerfer bescheinigen. Am Berggang zeigte sich eine immer regere Tätigkeit der Felsmassen, die sich besonders an den beiden Seiten des Bergmasses abspielten. Kurz vor 23 Uhr lösten sich dann am Fuße des Felsens ungeheure Gesteinsmassen und der Berg schloß sich in Bewegung. Unter donnerartigem Getöse wurden die Felsmassen ins Tal geschleudert und zertrümmerten das am Fuße des Berges stehende Schreibergebäude. Hohe Stichtammen wurden aus dem Chaos, die durch die zerstörte Stromleitung verursacht worden waren. Gleichzeitig erfolgte der Scheinwerfer, der an dieselbe Stromleitung angeschlossen war.

Die Provinzialstraße ist über und über von Felsmassen bedeckt. Während lösen sich noch Gesteinsmassen und stürzen über die Geröllhalde in die hochaufliegende Mosel. Der Berg selbst ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen; mit unheimlicher Sicherheit bereitet sich ein weiterer Absturz vor.

Berlin für Braun-Severing

Die Berliner Sozialdemokratie im Kampf

Die letzten Tage brachten eine weitere Steigerung in der Aufklärungsarbeit der Berliner Sozialdemokratie im Kampf um die Erhaltung des republikanischen Preußen. In nicht weniger als 41 Versammlungen der letzten Tage wurde die Kampfparole verkündet und mit Begeisterung aufgenommen worden: Am 24. April jede Stimme für Otto Braun und Carl Severing, für die Liste 1 der Sozialdemokratie!

Selbstverständlich kann über diese Fülle von Versammlungen und Kundgebungen nur in zusammengefaßter Form berichtet werden. Hervorgehoben sei, daß der wohlgeleitete Preußenstimmo er gezeigt wurde, stärkstes Interesse und lebhafteste Zustimmung fand. In wirkungsvoller Handgreiflichkeit und mitreißender Be-

nicht mehr wie jetzt abends in Versammlungen beisammen sitzen können, wenn die Hakenkreuzreaktion nach Bogheimer Rezept ihre blutige Diktatur ausübt. Aber auch Alltagsleben, die die Massen heute als Selbstverständlichkeiten ansehen, werden dann nur noch in der Erinnerung existieren, wie zum Beispiel die Arbeitsversicherung ganz zu schweigen. Breuning zählt weiter die Schandtaten der K.P.D. auf, die im vorigen Jahr beim schwarzweißen Volksentscheid für Hitler stimmten und damit die Liste für den 10. April festlegten, als für tausende kommunistischer Wähler Hitler das kleinere Übel gegenüber dem Weimarer Staat war und diese Tausende offen für die Reaktion stimmten. Am kommenden Sonntag jedoch gilt es nicht nur zum dritten Male den Faschismus zu schlagen, sondern das Fundament des preußischen Volkstaats weiter zu stärken und die Voraussetzungen zu schaffen für den Wiederaufstieg der Arbeiterklasse. Am 24. April muß der Weg gebahnt werden zur Lösung der Arbeitsbeschaffungsfragen. Wenn es in Preußen-Deutschland erst wieder Arbeit geben wird, dann ist zu hoffen, daß mit der Krise auch der faschistische Spuk verschwinden wird. Der kämpferische Beifall, der dem Referat folgte, war das Ergebnis der Versammlungen, in den letzten Tagen vor der Wahl alles zu tun für den Sieg der Liste 1 Braun-Severing. Der zweite Teil der Kundgebung gehörte den „Roten Rebellen“.

Achtung, Abteilungsleiter!

Außer der Flugblattverbreitung am Donnerstag ist eine weitere am Sonnabend, dem 23. April, mit einem neuen Flugblatt von den bekannten Stellen aus

Braun-Severing dargestellt worden. Bilder und Tafeln zeigen vor allen Dingen, wie für diese Regierung das Wohl des schaffenden Volkes im Vordergrund aller Erwägungen stand. In der „Neuen Welt“ in Neuföllin, in der 4000 Zuhörer den trefflichen Ausführungen Arthur Crisprens mit größter Aufmerksamkeit folgten, wickeln die durch Tonfilm übertragenen Ansprachen Otto Brauns und Carl Severings fürmische Begeisterung. Dank bendigkeit ist hier die Arbeit der republikanischen Preußenregierung und Anerkennung verdient die von der Sozialistischen Arbeiterjugend vorgebrachte Wahlforderung. In der überfüllten Aula der Höheren Zöllnerschule kam am Montag der Kreis Schöneberg zusammen, um einmütig seinen Willen zum Kampf um Preußen darzutun. Nach dem Fahnenmarsch und einer wirkungsvollen Reitation von Friedel Hoff nahm Genosse Hermann Harnisch, MdD., das Wort zu einem eindrucksvollen Referat. — Die Kundgebung der Kreise Prenzlauer Berg und Friedrichshain im Saalbau „Friedrichshain“ nahm einen besonders guten Verlauf. Die ganze Breitseite des Saales, durch die Bühne in zwei Hälften geteilt, trug die Parole: Wir wählen alle am 24. April nur Sozialdemokraten, Liste 1. Die Reichstagsabgeordnete, Genossin Marie Kuhnerl, wandte sich besonders an die Frauen, während Dr. Wischer die internationale Bedeutung der Preußenwahl würdigte.

Das Bläserkorps des Reichsbanners Friedrichshain und die Karat-Gruppe trugen zum Gelingen der Kundgebung bei. — In Treptow fand im Viktoriagarten Friedrich Stampfers aufklärende und aufrüttelnde Rede stärkste Zustimmung.

Auch die Berichte, die uns aus Berlin-Mitte und dem Wedding, aus Charlottenburg und Spandau, aus Wilmersdorf und Steglitz, aus Mariendorf und Marienfelde, aus Rahnsdorf, Mahlsdorf und Buchholz ebenso wie aus den vielen Betrieben, Bezirksämtern und sonstigen Stellen zugehen, sind ein erhabendes Zeugnis für den Kampfwillen der Sozialdemokratie.

Die Parole ist aufgenommen worden: Für ein republikanisches Preußen, für Braun und Severing, für Liste 1!

Der Kreis Mitte der Sozialdemokratischen Partei hatte nach dem Gewerkschaftshaus am Engelauer eine große Wählerversammlung einberufen. Bereits zu Beginn der Veranstaltung war der große Saal des Gewerkschaftshauses samt der Galerie gefüllt. Besonders erfreulich war der starke Besuch der Kundgebung durch Frauen und Jungwähler. Das Referat über die mit den Preußenwahlen zusammenhängenden Fragen hielt der Genosse Lorenz Breuning. Er rechnete vor allem ob mit dem leichtfertigen Schlagwort, wonach es nicht mehr schlimmer kommen könne. Es kann noch viel schlimmer kommen; die wahlberechtigten Bürger Preußens würden dann

Grzesinski zu den Polizeibeamten.

Der Beamte im alten und neuen Staat.

Vor Berliner Polizeibeamten sprachen gestern in einer trotz des Warmzustandes außerordentlich gut besuchten Versammlung im großen Saal der Gesellschaft der Freunde Polizeipräsident Albert Grzesinski und Kriminalrat Emil Klingelhöller über das Thema: Die preußischen Landtagswahlen und die Polizeibeamten. Die Versammlung gestaltete sich zu einer wirkungsvollen Werbung für die Liste 1 der Sozialdemokratie.

Im Rahmen der Ausführungen des Staatsministers a. D. Polizeipräsident Grzesinski ist vor allen Dingen der Teil erwähnenswert, der sich mit den Beamten im alten und neuen Staat befaßt. Der Beamte ist heute gleichberechtigter Bürger, er ist keine Klasse und kein Stand für sich, sondern mit gleichen Staatsbürgerrechten in die Gesamtheit eingegliedert. Er ist ein freier Mann mit freier Entscheidung. Der Beamte ist weder gegenüber seinen Mitbürgern herausgehoben noch auch ist er nach oben durch einen Radau vergesslich. Die Beamten, die, wenn auch nur in geringer, so doch immer noch in viel zu hoher Zahl den Nationalsozialisten nachlaufen, lassen sich durch eine Bluffstatik betören. Der Beamte, der für die Nationalsozialisten stimmt, gräbt sich selbst ideell und materiell das Grab. Wer ein Schlaraffenland verpricht, muß immer enttäuschen. (Lebhafte Zustimmung.) Nur die Demokratie kann die Rechte der Beamten wahren. Deshalb wollen wir, daß in der Verwaltung der Republik Republikaner tätig sind und daß die Befassung von Weimar in allen ihren Artikeln erhalten bleibt. (Anhaltender Beifall.)

Kriminalrat Klingelhöller verstand es, die besonderen Pflichten und Ansprüche der Beamten wirkungsvoll herauszustellen. Die Demokratie gibt ein gesundes Pflichtbewußtsein. Ist sie mächtig, wird sie die Rechte der Beamten wahren. Der „Vorwärts“ hat darauf hingewiesen, wie notwendig gesunde und modern eingerichtete Unterkünfte für die Polizeibeamten sind. Aber die Durchführung aller Verbesserungen für die Beamtenschaft ist nur möglich, wenn der Radikalismus geschlagen wird.

Der Vorsitzende Gens schloß die Kundgebung mit einem klammenden Appell für die Liste 1 der Sozialdemokratie.

Eisenbahner kampfbereit!

Der Saalbau Friedrichshain war gestern abend bis auf den letzten Platz von Arbeitern, Angestellten und Beamten der Reichsbahn gefüllt. Sie waren einem Ause des Einheitsverbandes der Eisenbahner gefolgt, um zugleich mit der nachdrücklichen Erhebung der Forderung nach Beschaffung von Arbeit



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Im Dorfe heißt es, die Deutschen seien unmittelbar vor uns durchgekommen. Ohne weiteren Aufenthalt rückt das Regiment in Schützenketten aufs freie Feld. Vor uns zieht sich, parallel unseren Linien, eine niedrige Hügelreihe hin. Wir gehen auf sie zu. Unser Befehl lautet: Kammböhe gewinnen und von da aus zum Sturmangriff vorgehen, bevor die Deutschen Zeit gefunden haben, sich einzugraben. Blah, schlotternd, mit verstörten Blicken, verlangsamen wir unwillkürlich unseren Schritt. Die Vorgesetzten treiben uns an.

Zum Nebenmann habe ich Wassilento. Vor Aufregung wird ihm schlecht. Er übergibt sich mehrere Male. Wir ist ebenfalls sehr unbehaglich zumute. Ich sage mir, es wäre das Beste, ins Maschinengewehrfeuer zu geraten und mit einem Male hin zu sein.

Wir klimmen die Böschungen hinan.

Oben angekommen, richten wir uns auf, lassen uns aber augenblicks wieder fallen, zurückgeworfen von einem irrsinnigen Maschinengewehrfeuer. Die Maschinengewehre stehen ungedeckt uns gerade gegenüber und überschütten uns mit einer Wolke von Kugeln, ta—ta—ta—ta.

Wir geben ein wenig zurück um Deckung zu nehmen. Die Verwundeten gleiten unter lautem Stöhnen und Schreien den Abhang hinunter.

Von rückwärts kommen neue Linien und, vorwärtsgetrieben von Feldwebeln und Offizieren, versuchen wir aufs neue, die Höhe zu gewinnen.

Abermals wirkt uns das wütende Maschinengewehr- und Gewehrfeuer zurück.

Daraufhin verstummt es sofort, was einen Eindruck von Präzision und Sicherheit macht.

Bei unserer Kompanie treffen zwei Maschinengewehre

ein, mit dem einen der Führer des Maschinengewehrkommandos. Er bringt sie mit großer Energie die Anhöhe hinauf und eröffnet das Feuer. Wir liegen am Böschungsrande und schießen ohne rechte Feuerleitung. Die Deutschen antworten, das Feuergefecht kommt in Gang.

Mit einem Male pläzt über den deutschen Linien ein Schrapnell. Gleich darauf ein zweites.

Unsere Batterie, die hinter uns im Dorf steht, hat die Deutschen abgejagt und sich eingeschossen. Jetzt eröffnet sie ein rasendes Feuer. Wir lehnen, wie ein Schrapnell nach dem andern pläzt, und wie die Deutschen unter jedem weißen Rauchwölkchen auseinanderlaufen und fliehen.

Die Offiziere schreien: „Zum Sturm — Gewehr rechts! Hurra!“

Vor unserer Kompanie erscheint Hauptmann Woswischenki. In der linken Hand hat er den Revolver, in der rechten den gezogenen Säbel. Er schreit: „Mir nach, mir nach! Hurra!“

Wir springen auf und laufen vor. Das Feuer der Deutschen läßt merklich nach. Bejonett voran, gehen wir in geistiger Ordnung hügelab, manchmal in Haufen zusammengebrängt, manchmal mit großen Abständen. Ueber das ganze Feld schallt es: „U... a... a... a!“

Die Deutschen fliehen. Schon haben wir ihre Stellungen genommen, fürchten uns aber, weiter vorzustößen, um nicht ins Feuer unserer eigenen Artillerie zu geraten. Aber ihr Feuer ist gut geleitet und folgt sicher den fliehenden Deutschen.

Wir nähern uns einem Zug Deutscher, die offenbar von den ihnen abgenommen sind. Ohne haltzumachen, eröffnen wir das Feuer. Blüßlich bleiben sie stehen, werfen die Gewehre weg und heben die Arme in die Höhe. Wir laufen hin, umzingeln sie, und einige von den unsern führen sie nach rückwärts ab.

Wir sind müde. Wir können nicht mehr laufen. Wir machen ein wenig halt. Dann gehen wir zurück. Die Sanitätsleute erscheinen und sammeln Verwundete und Gefallene.

An uns vorbeil geht jetzt die Reserve in Schützenketten vor.

Im Walde, auf der Rückzugslinie der Deutschen, liegen viele Tote.

Unsere Soldaten nehmen den Gefallenen Stiefel und Helme ab.

Jetzt sind wir bereits drei Wochen in unseren Gräben. Drüben, eine halbe Meile vor uns, liegen die Deutschen. Jeden Tag beim Morgengrauen setzt das Artilleriefeuer ein. Anfangs sind es einzelne Schüsse in langen Zwischenräumen. Dann heftiges Feuer, eine Stunde, zwei Stunden lang. Darauf eine kleine Atempause. Und dann fängt es wieder an. Es ist kein Kunststück, sich im Laufe einiger Tage einzufestigen, und die Artilleriegeschosse trepten fehlerfrei innerhalb unseres Grabenschnitts. Wir haben Unterhände gebaut und verwenden jede freie Minute auf den Ausbau und die Verstärkung der Schützengräben und Abdeckungen.

Wenn in der Nähe ein Geschütz krepirt, dann hört man, wie die Splitter gegen das Dach des Unterstandes schlagen. Krepirt ein schweres Geschütz im Graben selbst, so geht das Dach zum Teufel, die Grabenwände stürzen ein, schütten die Sohle zu, und Duzende von Leuten werden zu blutigem Brei.

In vier Wochen haben wir hundert Mann verloren. Ertrag ist noch nicht da. Unsere Kompanie ist ganz klein geworden. In den übrigen Kompanien steht es nicht anders.

Die Batterie hat ihre Stellung nicht weit von uns, ein wenig mehr rückwärts. Die acht Geschütze, die das deutsche Feuer zu beantworteten haben, verursachen ein solches Getöse, daß die Luft bebzt, die Ohren springen wollen und man ein Hämmern im Schädel spürt. Nachts stammt am Horizont hinter der feindlichen Grabenlinie purpurne Rote auf; dann hat unsere Artillerie wieder etwas in Brand geschossen. Brennende Dörfer erfüllen mit ihrem blutigen Schein den halben Himmel. Morgens verblaßt die Rote. An ihrer Stelle sehen wir schwarze Rauchschwaden.

In den letzten Tagen regnet es unausgesetzt. Auf den Feldern um unsere Gräben herum liegt schwarzer, tiefer, tieferer Schlamm. Das Wasser fließt in die Gräben und wir retten uns mühsam, indem wir die Grabensohle mit Brettern, Flecken und Ziegelsteinen pflastern: die Ziegelsteine holen wir aus einem verbrannten Dorf in der Nachbarschaft.

Betreten und Verlassen der Gräben ist schwierig, da die Wände völlig durchnäht und in schwarzen Brei verwandelt sind. An unseren Mänteln, Händen und Stiefeln klebt der Schlamm. Unsere Gesichter sind grau, die Haut fühlt sich fettig und klebrig an.

Vom Graben aus sehen wir den schwarzen Schlamm des Feldes und über uns den grauen, wolkenverhangenen, unheilswangeren Himmel.

(Fortsetzung folgt.)

Erobert Preußen!

Unsere nächsten Veranstaltungen:

Donnerstag, den 21. April:

- 7. Kreis — Charlottenburg. 19½ Uhr im „Eden-Palast“, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 24, zwei öffentliche Kundgebungen.
- 9. Kreis — Wilmersdorf. 20 Uhr im „Viktoriagarten“, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114, öffentliche Kundgebung.
- 11. Kreis — Schöneberg. 20 Uhr im Ledigenheim Lindenhof, öffentliche Kundgebung.
- 17. Kreis — Lichtenberg. 19½ Uhr in der Schulaula Lichtenberg, Parkau, öffentliche Kundgebung.
- Besirksamt Friedrichshain. 16 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, öffentliche Kundgebung. Referent: Stadtrat R. Rosin.
- Berliner Bronnstoff-Gesellschaft m. b. H. 19 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, „Eisener-Front-Veranstaltung“. Referent: Siegfried Hermes.
- 8. Abt. 20 Uhr im „Nationalhof“, Bülowstraße 37, öffentliche Kundgebung.
- 86. Abt. — Mariendorf. 20 Uhr in der Aula, Kaiserstraße, öffentliche Kundgebung.
- 88. Abt. — Uckerade. 19½ Uhr bei Rohmann, Hilbertstraße, öffentliche Kundgebung.
- 99. Abt. — Buckow. 19½ Uhr bei Dietrich, Buckow, Dorfstr. 1, öffentliche Kundgebung. Mitwirkung der Britzer Rote. „Vorwärts ist die große Lösung“.
- 100. Abt. — Rudow. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Lokal Grimmer, Juliuspark, Rudow, Neuköllner Straße. Ansprache. Film: „Ritter von Kiebusch“.
- 103. Abt. — Oberschöneweide. 19½ Uhr, Eisener-Front-Veranstaltung im „Blumengarten“, Oberschöneweide, Ostendstr. 102. und 108a. Abt. — Cöpenick. 20 Uhr im „Stadttheater“, öffentliche Kundgebung.
- 120. Abt. — Friedrichsfelde. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Tempel, Friedrichsfelde, Prinzenallee 45.
- 122. Abt. — Biesdorf. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung in den „Schiller-Sälen“, Biesdorf, Königstraße 120.
- 125. Abt. — Kaulsdorf. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung in der Turnhalle, Adolfstraße 25.
- 127. Abt. — Hohenschönhausen. 20 Uhr in der Schulaula, Röderstraße, öffentliche Kundgebung.
- 134. Abt. — Buch. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Göpfert, am Bahnhof Buch.
- 137. Abt. — Reinickendorf-West. 20 Uhr bei Müller, Schernweberstraße 15, öffentliche Kundgebung.
- 137a. und 143. Abt. — Tegel. — Froie Scholle und Waldmannslust. 20 Uhr im „Bergschloß“, Waldmannslust, öffentliche Kundgebung.
- 141. Abt. — Rosenthal. 20 Uhr bei Manthey, Rosenthal, Hauptstraße, öffentliche Kundgebung.
- Öffentliche Kundgebung der Jugend für Groß-Berlin. 19½ Uhr in der „Neuen Welt“, Hasenheide. „Jugend in der Eisernen Front“. Redner: Siegfried Aufhäuser, MdR., Ludwig Diederich, Sprechchor, Spieltruppe, Fahnenmarsch, Tambourkorps.
- Etha-Werke, Britz. 16½ Uhr bei Tristram, Britz, Bürgerstr. 47-48, Betriebskundgebung. Referent: Georg Klausner, MdL.
- BVG. Bahnhof 29, Spandau. 19½ Uhr bei Stöcker, Spandau, Pichelsdorfer Straße Ecke Adamstraße. Referent: Richard Joachim.

- Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten. 19½ Uhr im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz, Kundgebung. Referent: Kultusminister Dr. A. Grimme.
- Fabrikarbeiter-Verband. 19½ Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer, Kundgebung. Referent: Dr. Otto Friedländer.
- Ehrich & Graetz. 16½ Uhr bei Doehling, Treptow, Kiehlholzecke Eisenstraße, Betriebskundgebung. Referent: Dr. Otto München.
- Abog Helmholtzstraße und Technik. 19 Uhr in der „Helmholtz-Quelle“, Helmholtzstraße 21, Betriebskundgebung. Referent: Max Brinlitz.
- Telefunken und Orenstein & Koppel. 17 Uhr im Hochbahnrestaurant, Tempelhofer Ufer 30. Betriebskundgebung. Referent: Gottlieb Reese.
- BVG. Hauptlager und Fa. Grängel. 16 Uhr bei Schulz, Oranienburger Straße, am Bahnhof Wittenau-Nordbahn. Referent: Hermann Haenisch, MdL.
- Referenten: Otto Ortman; Käthe Kern; Jacob Altmaier; Heinrich Schließstädt; Lorenz Breunig; Adele Schreiber-Krieger, MdR.; Erich Kuttner, MdL.; Bernhard Göring; Luise Köhler, MdL.; Karl Litke, MdR.; Paul Mielitz; Max Heydemann; Kurt Heinig, MdR.; Klara Bohm-Schuch, MdR.; Günther Joachim; Max Fechner, MdL.; Ernst Hildebrandt; Jockel Meier; Hans Gottfurcht; Oltersdorf; Albert Falkenberg; Gertrud Hanne, MdL.; Franz Künstler, MdR.; Otto Meier, MdL.

Freitag, den 22. April:

- Erwerbslose Buchdrucker. 13 Uhr im Saal IV des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, Kundgebung. Referent: Emil Barth.
 - Freiwerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierte Taubstumme. 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Kundgebung. Referent: Robert Bredow.
 - 75. Abt. — Wannsee. 20 Uhr im Lindenhof am Wilhelmplatz, öffentliche Versammlung. Referent: Stadtrat Karl Wermuth.
 - 76. Abt. — Dahlem. 20 Uhr im Lokal Schilling am U-Bahnhof Dahlem-Dorf, öffentliche Kundgebung. Referent: Günther Joachim.
 - 121. Abt. — Karlshorst. 20 Uhr im „Deutschen Haus“, am Bahnhof Karlshorst, öffentliche Kundgebung. Referent: Dr. Haubach.
- ## Sonnabend, den 23. April:
- 8. Kreis — Spandau. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in der Jubiläumsturnhalle Askanierring. Referent: Karl Litke, MdR.
 - 85. Abt. — Tempelhof. 19½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums Kaiserin-Augusta-Straße, öffentliche Kundgebung. Referenten: Klara Bohm-Schuch, MdR., Otto Burgemeister. Rezitationen: Martha John.
 - 111. Abt. — Bohnsdorf. 19½ Uhr bei Helmann, Waltersdorfer Straße 100, öffentliche Kundgebung. Referent: Georg Maderholz, MdL.
 - 124. Abt. — Mahlsdorf. 20 Uhr bei Anders, Bahnhofstr. 35/37, öffentliche Kundgebung. Referent: Georg Ucko.
 - 135. Abt. — Karow. 20 Uhr bei Meye, Karow, Dorfstr. 1, öffentliche Kundgebung. Referent: Erich Raddatz, MdL.
 - 137a. Abt. — Froie Scholle Tegel. 19½ Uhr im Schollenkrug, Harmsdorfer Straße, Kundgebung. Referent: Dr. Richard Mischler.

für die Arbeitslosen ein Treuebekenntnis für das Preußen-Braun-Geering abzugeben. Die Kundgebung wurde eröffnet durch den Einmarsch mehrerer Eisenbahnerhammerschichten, darunter auch einigen Mitgliedern der Hammerschicht des Bahnhofs Treptow, mit denen kürzlich eine nationalsozialistische Schlägerkolonne sehr unangenehme Bekanntschaft machte. Der Berliner Bevollmächtigte des Einheitsverbandes der Eisenbahner Genosse Hanebutz legte in einem längeren Referat zunächst die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn dar, wobei er sich mit ganz besonderer Schärfe gegen die neuen Absichten der Reichsbahn wandte, fast 50 000 Bahnunterhaltungs- und Werkstattarbeiter wegen angeblichen Arbeitsmangels zu entlassen. Die Eisenbahner wissen, was am nächsten Sonntag nicht nur für sie, sondern für die gesamte vorwärtsstrebende Arbeiterschaft in Preußen auf dem dem Spiele steht. Sie haben seit dem Bestehen der deutschen Republik schon mehrfach bewiesen, daß sie die Republik zu schützen wissen. Die Berliner Eisenbahner werden auch am nächsten Sonntag ihre Pflicht tun und durch ihre Stimmgabe dafür sorgen, daß Hitler auch in Preußen nicht zum Zuge kommt. Die Ausforderung, alle Kräfte für den Sieg der Sozialdemokratie am 24. April einzusetzen, wurde von der Kundgebung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Kundgebung wurde wirkungsvoll umrahmt durch Darbietungen eines Orchesters arbeitsloser Musiker unter Leitung des Kapellmeisters Artur Zander und der freien Gewerkschaftsjugend Berlins.

Nazis gegen Schupowache.

Wegen Körperverletzung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Am 4. April zog Unter den Linden mit Rußst die Schupowache auf. Die Nazis hatten sich hier ein Stellbühnen gegeben. Ihren polizeifreundlichen Gefühlen machten sie durch „Deutschland-ermache“-Rufe Luft. Die Reichsbannerleute antworteten mit einem kräftigen „Frei Heil“. Die Situation schien brenzlich. Unter den Nazis traten die Polizeibeamten Klinkel und Koslowski in Zivil Dienst. Ihr beharrliches Schmeigeln trotz der unantworblichen „Deutschland-ermache“-Rufe fiel unangenehm auf. Und schon hatte Klinkel einige Faustschläge gegen den Kopf. Er fiel zu Boden, erhob sich, drehte sich um und erhielt einen Schlag ins Gesicht. Er packte den Schläger mit der linken Hand, legitimierte sich als Polizeibeamter, Koslowski tat das gleiche. Beide forderten die Menge auf, auseinanderzugehen. Die Nazis drangen mit Gewalt und Gehöle auf die Beamten ein. Klinkel, mit der linken Hand seinen Angreifer festhaltend, zog mit der Rechten die Dienstpistole und drohte, von der Schupowache Gebrauch zu machen. Zwei uniformierte Beamte eilten ihren bedrängten Kollegen zu Hilfe. Der Festgenommenen riß sich los, wurde aber von den Beamten eingeholt. In diesem Augenblick erhielt Koslowski mit einem kalten, harten Gegenstand einen derartigen Schlag ins Genick, daß er hinfiel. Er erhob sich und sah hinter sich einen Mann, dessen Schläffel eben zu Boden gefallen waren. Auch dieser Mann wurde polizeilich festgesetzt. Unmittelbar darauf ertönten die Hilferufe: Nazis waren über einen Reichsbannermann hergefallen und hatten ihm seinen Wimpel vom Rade gerissen. Dem Beamten, der einschreiten wollte, wurde ein Bein gestellt; er kam aber nicht zu Fall.

Vor dem Schnelltribunalgericht hatten sich gestern alle drei zu verantworten. Der „Mann mit dem Schläffelbund“, Dierks, wegen gefährlicher Körperverletzung — Koslowski hatte eine blutige Wunde davongetragen — der „Faustschläger“ Dette wegen leichter Körperverletzung und der „Beinsteller“ Hapke wegen tätlichen Angriffs gegen einen Beamten. Da Klinkel und Koslowski in Zivil waren, lag Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht vor. Dierks bestritt, mit dem Schläffel geschlagen zu haben; sie seien aus seiner zerrissenen Hosentasche auf den Boden gefallen. Natürlich hatte auch Dette den Beamten nicht angerührt. Die Zeugen wollten es anders wissen. Das Gericht sprach Hapke mangels Beweises frei und verurteilte die beiden anderen Angeklagten zu je sechs Wochen Gefängnis.

Auch der Versuch ist strafbar.

Bersärfte Strafverfolgung bei Verletzung der Devisenvorschriften.

Die Verletzung der Devisenvorschriften der Verordnung vom 1. August 1931 sah Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren und Eingziehung der Werte vor. Eine neue Verordnung stellt jetzt auch den Versuch dieser Verletzung unter Strafe. Ferner kann die Eingziehung der Werte dann einfach angeordnet werden, wenn keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden kann. Endlich wird auch die nicht ordnungs- und fristgerechte Erfüllung von Verpflichtungen, die gegenüber den Devisenbewirtschaftungsstellen übernommen worden sind, unter Strafe gestellt.

Wetterausichten für Berlin. Wolkig bis heiter mit Erwärmung, mäßige südwestliche bis südliche Winde. — Für Deutschland. Im Osten beständig und ziemlich heiter, auch im Süden Besserung, im Nordwesten bewölkt und streichweise Regen; allgemein etwas wärmer.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen!

Ein Jahr Asphaltverträge.

Die Beschlüsse des Magistrats.

Der Magistrat hat sich grundsätzlich mit dem Abschluß der von der Tiefbauverwaltung vorgeschlagenen Asphaltstraßenunterhaltungsverträge einverstanden erklärt unter dem Vorbehalt der endgültigen Preisfestlegung. Die Verträge sollen vorerst nur für ein Jahr Geltung haben. Für den Fall, daß die Verträge auf insgesamt fünf Jahre abgeschlossen werden sollen, soll der Stadtverordnetenversammlung mit Rücksicht auf die finanzielle Bindung über das Etatsjahr hinaus eine Vorlage unterbreitet werden.

Kampf unter Zirkusdirektoren.

Strafantrag gegen Sarrafani.

Bei der Staatsanwaltschaft I Berlin hat der Zirkusdirektor Gleich Strafantrag gegen den Zirkusdirektor Sarrafani wegen verleumderlicher Beleidigung gestellt. Dem Strafantrag liegen Behauptungen Sarrafanis über die Ursachen des Antwerpener Zirkusbrandes zugrunde. Zunächst waren bekanntlich Nachrichten über den Umfang des Brandes in der Presse veröffentlicht

worden, die sich hinterher als weit übertrieben erwiesen. Dann hatte aber Sarrafani die Behauptung aufgestellt, daß die Ursache des Feuers auf einen Raubakt eines Konkurrenzunternehmens zurückzuführen sei, denn es sei festgestellt worden, daß die Brandstifter Angestellte des Zirkus Gleich gewesen seien.

Großfeuer im Halle'schen Schlachthof.

Halle, 20. April.
Aus bisher noch unbekannter Ursache entstand heute nachmittag auf dem Städtischen Schlachtviehhof in den alten Rühlhallen, in denen zur Zeit Umbauten vorgenommen werden, ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die gesamte hallische Feuerwehr ist am Brandort erschienen. Aus 15 Schlauchleitungen werden unaufhörlich gewaltige Wassermengen in das brennende Gebäude geschleudert, dessen Dachstuhl in einer Ausdehnung von etwa 60 Meter in hellen Flammen steht. Ein Bauarbeiter wurde mit Brandverletzungen in das Krankenhaus geschafft.

Charlie Chaplin erkrankt. Charlie Chaplin trat, von Java kommend, in Singapore ein und begab sich sofort ins Krankenhaus. Er hat schwere Fieberanfälle.

Wer bisher unsere Mäntel und Kleider sah und kaufte,

blieb nicht nur ein treuer Kunde, sondern wurde auch unser bester Werber.

Schönheit, Güte, Preiswürdigkeit, ungeheure Auswahl sind die Kräfte, die unsere Bemühungen so erfolgreich machen!

Ein großer Posten hocheleganter Uebergangsmäntel aus feinen weichen Tweedstoffen, erstklassige Verarbeitung, ganz auf feinem Futter, in drei Serien

29- 39- 59-

nur

Das Haus für grosse Weiten

KÖNIG-STR. 22-26

Wieder eingetroffen: Riesengroßer Posten eleganter Jugendlicher Frühlings-Mäntel aus modern. Tweedstoffen, erstklassige Verarbeitung, ganz auf feinem Futter, in drei Serien	Reizendes Charmeuse-Jäckchen-Kleid mit apter Charmeuse-à-jour-8 use Jäckchen m. kurzem Peterminarm, tief anges. Faltenrock. In vielen Mustern	Das beliebte moderne Trägerkleid aus buntem Maroca m. entzückend abgetöntem Marocain mit Krage u. Schleißen. In allen Größen und vielen Farben	Hochelegantes Flamengakomplet in wert. Druckstern. Kleid m. langem Arm, schöner Krage-Überschnitt, mit reicher Patenlage im Rock, Jäckchen mit entsprechenden Revers, seitlichen Täschchen. Dieses wunder-volle Komplet kostet bis Größe 54	Hochmodern bedrucktes Marocainkleid mitlangem Arm und neuzeitiger Schal-kragengarnit, schönem Knopfschmuck u. seitlicher Faltenlage nur	Sportkleid aus wundervollem, waschbarem Noppen-Bouclé, Faltenrock und Schmuckblume in allen Größen bis 54 vorrätig
15: 18: 21:	25:	18:	49:	25:	15:
nur	nur	nur	nur	nur	nur

Das neue Preußen in der Wirtschaft.

Schützt es! Verteidigt es! Es führt euch vorwärts zur Wirtschaft fürs Volk.

Es lohnt sich für das republikanische Preußen, für das „System“ Braun-Severing, auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu kämpfen. Stark hat demokratischer Wille zum Wirtschaftsbau fürs Volk hier gewirkt. Und wenn je Sauberkeit und erhaltener Wille zum Dienst am Volk gebietet haben, im neuen Preußen waren sie zu Hause, wurden sie gepflegt, und alle, die heute über Preußen herfallen, haben davon profitiert.

Was weiß die Öffentlichkeit von Preußens Wirtschaftspolitik? Die mannigfaltigen wirtschaftlichen Einzelleistungen Preußens, das landwirtschaftliche Siedlungswert, die Förderung der Bauernwirtschaft, der Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, die soziale Hebung der Landarbeiterchaft, die große Unterstützung des städtischen Wohnungsbaues, die zahlreichen Förderungsmaßnahmen für Industrie und Handel, der neue soziale Geist in der Gewerbeaufsicht und im Berufsschulwesen, die glänzende Führung der staatlichen Unternehmungen sind noch einigermaßen bekannt geworden, trotz aller Verleumdungen der Feinde Preußens.

Aber von jenen sich mehr im stillen vollziehenden Einwirkungen und Reformen, die einen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Wandel vorbereiten und der Festigung und Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft dienen, weiß die Öffentlichkeit fast nichts.

Unjählich schwer und undankbare Kleinarbeit wurde geleistet.

Preußen hat sich der übersteigerten Zollausrüstungspolitik entgegengestellt und zahlreiche gesamtwirtschaftlich schädliche Zollforderungen industrieller Interessenten sind schon an der eindeutigen Abgabe der preußischen Regierungstellen gescheitert. Preußen hat zwar die unerlöste Subventionswirtschaft des Reichs, die kontrolllose Hergabe von Millionen und Milliarden öffentlicher Gelder an private Großunternehmungen und Wirtschaftszweige nicht verhindern können, dazu reichte kein Einfluß nicht aus; es hat aber zielbewußt überall dort, wo sein Einfluß entscheidend war, die Kontrolle und die vernünftige Verwendung öffentlicher Gelder erzwingen.

Die so erfolgreiche Politik der Preußenkassse war darauf abgezielt, durch ein ausgebauten System der Kontrolle eine wirtschaftliche Verwendung der Kredite und weiter geleiteten öffentlichen Subventionen zu sichern. Bei der Subventionierung privater Großkonzerne hat Preußen gegen den unerträglichen Zustand der Verlustabwälzung auf den Staat ohne Einräumung von Eigentums- und ausreichenden Verwaltungsrechten mit größter Energie angeknüpft und hat in der Oberbischöffen-Sanierung durchsetzen können, daß endlich mit diesem System gebrochen wird.

Preußen hat jederzeit die öffentliche Wirtschaft und insbesondere die kommunalen Unternehmungen gegen Uebergriffe und Privatisierungsversuche geschützt und geschützt.

Bei der Abwehr der verhängenen Expansionsbestrebungen der Schwerindustrie, die am liebsten die ganze Gasversorgung in ihre Hand bringen wollte, fanden die Kommunen berechtigte Unterstützung bei Preußen. In der groß angelegten Ausschüttungsaktion der Kommunen durch das Finanzkapital, das die städtischen Versorgungsbetriebe, insbesondere Elektrizitätswerke in private Hand überführen wollte, war es wiederum Preußen, das finanziell und organisatorisch den bedrängten Kommunen einen Rückhalt bot.

Als gewisse Kreise in der Bankkrise die Sparkassen dem allgemeinen Ruin gegenüber in der Zahlungsmittelerforderung einseitig im Stich lassen wollten, setzte Preußen mit aller Energie die erforderliche Hilfsleistung für die Sparkassen durch.

Wo find die Skandale in Preußens Wirtschaft?

Man versucht nun die ganze preußische Verwaltung einschließlich der wirtschaftlichen Unternehmungen als „marginalische Mißwirtschaft anzuprangern; einzelne Vorkommnisse, vor allem die Berliner Stadtkassafäre, die ganz gewiß nicht scharf genug zu verurteilen ist, aber für die weiß Gott Preußen nicht verantwortlich ist, werden dem „System“ angehängt. Und das im Zeichen der vollendeten Korruption der faschistischen Parteien und der beispiellosen privaten Konzernskandale.

„Des marginalische Preußen“ mußte die von den deutschnationalen Führern Dietrich und Seelmann jugendliche raffinierte Bank mit 40 Millionen Reichsmark vor dem völligen Zusammenbruch retten. Fast 1 Million Landwirte wären sonst durch die unverantwortlichen Spekulationen der „altpreußischen“ deutschnationalen Genossenschaftsführer ruiniert worden.

Hugenbergers Ostbank, die mit Zeitungs- und Kinofinanzierung Millionen verlor, mußte gleichfalls von den roten Preußen gerettet werden.

Der Stützenrichter und System-Ankläger Ladendorff, der Führer der preußischen Wirtschaftspartei und Aufsichtsratsvorsitzende der Granddiescherbank, muß sich zunächst einmal selber vor dem Staatsanwalt rechtfertigen.

Wir sind die letzten, die Fehler innerhalb der öffentlichen Wirtschaft oder öffentlichen Verwaltung irgendwie verwickeln würden.

Aber man sei doch ehrlich: Alles, was an Mißgriffen der öffentlichen Wirtschaft in Erscheinung trat, verschwindet gegenüber dem Sumpf großkapitalistischer Spekulations- und Korruptionswirtschaft.

Es liegt uns auch fern, die staatlichen Unternehmungen Preußens zu verberlichen. Aber

die preußischen Wirtschaftsbetriebe haben unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen den Beweis erbracht, daß sie wirtschaftlich mindestens so leistungsfähig, wenn nicht leistungsfähiger sind, als gleichartige Privatunternehmungen.

Die Verquickung persönlicher Interessen der Leitung mit der Konzernverwaltung ist ausgesprochen die Betriebe sind krisenfest und sozialpolitisch wehrhaft, wo eine fortschrittliche Leitung herrscht und der parlamentarische Einfluß ausreicht, ein anderer Geist. Aus dem alten bürokratisch vermalten, unbeweglichen und rücksichtslos preußischen Staatsbergbau sind führende, an der Spitze stehende staatliche Bergbaukonzerne entstanden, aus den häßlichen Anhängen staatlicher Elektrizitätspolitik ist ein großer kommunalwirtschaftlicher Elektrizitätstypus erwacht worden.

Das grundsätzliche Wichtige aber in der wirtschaftlichen Betätigung Preußens ist, daß sie sich bemüht gesamtwirtschaftliche Ziele setzt und somit planwirtschaftliche Zusammenfassungen will.

Oeffentliches Eigentum, so wichtig es ist, muß auch wirklich in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden, wenn damit ein Umbau des Wirtschaftssystems herbeigeführt werden soll.

Preußen ist ein Kraftzentrum des wirtschaftlichen Fortschritts.

Das Reich beherrscht zwar heute fast das gesamte private Großhandelswesen, aber es macht keinen Gebrauch von seinem Einfluß. Die große positive Leistung der preußischen wirtschaftlichen Betätigung ist darin zu sehen, daß diese ihr stets Mittel zum Zweck einer besseren Wirtschaftsorganisation und damit einer besseren Versorgung der Bevölkerung war, daß sie stets ihre eigenen Unternehmungen in die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge eingereiht hat.

Die Preußenkassse beseitigte das heillose Neben- und Durcheinander, die Ueber- und Fehlorganisation des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens und setzte mit aller Kraft eine rationelle Vereinheitlichung durch.

Die staatliche Elektrizitätspolitik sah ihre Aufgabe darin, in Zusammenarbeit mit den Provinzen und den Kommunen

ein großes, einheitliches Versorgungsgebiet zu schaffen, dadurch die gesamte Verteilungsorganisation rationeller zu gestalten, die Tarife zu vereinheitlichen und diese auch in den wenig dicht besiedelten Gebieten der Wirtschaft und der Bevölkerung wesentlich zu verbilligen.

Auf dem Gebiete der Verkehrspolitik die gleiche Einstellung: Die Beseitigung unwirtschaftlicher Konkurrenz durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften in der Hafenerwaltung und im Kraftverkehr u. a. m.

Auf dem Gebiete des öffentlichen Bankwesens das Streben nach Durchorganisation, zweckmäßiger engerer Verbindung der einzelnen öffentlichen Bankinstitute, Aufräumung von Uebersehensungen, alles mit dem Ziele, den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der öffentlichen Wirtschaft zu vergrößern und zu einer planmäßigen Aufbauarbeit im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu gelangen.

Gewiß, die großen wirtschaftlichen Entscheidungen werden nicht von Preußen, sondern vom Reich gefällt. Aber der Kampf für das Ueberwachen großkapitalistischer Interessenspolitik, ist die Verteidigung wichtiger neuaufgebaute wirtschaftlicher Positionen von Angriffspunkten und Energien für einen planmäßigen Wirtschaftsaufbau im Interesse des gesamten Volkes. Auch dieses Preußen gilt es, am 24. April zu schützen und zu verteidigen.

Preußen hilft den Pächtern.

Zum Geschäftsbericht der Deutschen Pächter-Kreditbank.

Die Deutsche Pächter-Kreditbank (Domänenbank) a. G. m. b. H. liefert mit ihrem Geschäftsbericht für 1931 wieder einen wertvollen Beitrag zu den agrarpolitischen Vorgängen des letzten Jahres, insbesondere zur Vorgesichte des Zusammenbruchs im Agrarkreditwesen. Der Bericht der Domänenbank sagt mit Recht, daß sich in der allgemeinen Pächterpolitik eine befremdliche Unfruchtbarkeit zeigt. So konnte auch die Arbeit an einer Reform des landwirtschaftlichen Pächterrechts im Berichtsjahre nicht vorwärts kommen. Die Notverordnungen haben die besondere Lage der Pächter nicht berücksichtigt. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß neben anderen staatlichen Verwaltungen insbesondere die preußische Domänenverwaltung für die pächterpolitischen Notwendigkeiten in letzter Zeit Verständnis aufgebracht hat.

Die Krise des Agrarkredits hat für die Domänenbank nicht unerhebliche Schäden zur Folge gehabt. Die Verwaltung hat daher eine kapitalmäßige Reorganisation beschlossen, die hohe Sonderabdrückungen von etwa 950.000 M. durch Auflösung von Reservefonds vorsieht. Zugleich werden von den Geschäftsguthaben der Genossen 25 Prozent abgeschrieben, und von dem hieraus entstehenden Budgetgewinn ein neuer Reservefonds für ausfallende Forderungen in Höhe von 500.000 M. gebildet.

Von den Betrieben, die dem Institut angeschlossen sind, wurden 319 dem Sicherungsverfahren auf Grund der Dittliffeverordnung unterstellt. Wenn die Entscheidung dieser Betriebe nicht gelingt, müßte der sofortige Zugriff der Gläubiger zu dem als baldigen Verfall dieser Betriebe führen, woraus auch Schädigungen für den Kreditstand des Unternehmens entstehen müßten.

Kreugerfälschungen am laufenden Band

Schiebungen mit dem Vertrag über das polnische Zündholzmonopol.

Das Ende der Untersuchungen über die Geschäfte des Kreuger-Konzerns ist zur Zeit überhaupt noch nicht abzusehen. Wie der Leiter des Untersuchungsausschusses am Mittwoch erklärte, sind die Ausgaben der Untersuchungskommission infolge der ständig wachsenden Zahl von Fälschungen und Betrugsmanövern außerordentlich kompliziert geworden. Das Arbeitsgebiet der Kommission ist schon jetzt derart umfangreich, wie man es vorher sich niemals hätte träumen lassen. Es sei unmöglich, zur Zeit einen Termin bis zur Beendigung der Klärung zu nennen.

Inzwischen ist eine neue große Fälschung des großen Zündholzmonopols ans Tageslicht gekommen. Er hat, wie es sich jetzt herausstellt, den Vertrag mit Polen auf Uebertragung des Zündholzmonopols gefälscht und neben dem Originalvertrag persönlich einen Pseudovertrag verfaßt, der für ihn erheblich höhere Gewinne versprach als der Originalvertrag. Die aus der Fälschung sich ergebenden Lustgewinne hat er regelmäßig in seine Bilanzen eingeleitet.

Die Verwaltung des mächtigsten Kreuger-Unternehmens in den Vereinigten Staaten, der International Match-Corporation, hat jetzt das Kontratsverfahren beantragt müssen. Dieses Unternehmen wird aber nicht das letzte sein, das bei der Umwidlung der Kreuger-Affäre auf der Strecke geblieben ist.

Bereinigung des Iduna-Skandals.

Das Reichsaufsichtsamt setzt sich gegen die Willkür der Großaktionäre durch.

Dieses Mal können die Versicherten zurrieden und beruhigt sein: das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat rechtzeitig durchgegriffen und einen neuen Skandal im deutschen Versicherungsgewerbe abgewendet. Der jetzt vom Reichsaufsichtsamt gutgeheißene Bereinigungsplan beseitigt die Iduna-Germania-Versicherungen aus den Händen ihrer Großaktionäre und verpflichtet völlige Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten.

Hier war es eine amerikanische Kapitalistengruppe, die Koffia International Corporation, die über die Iduna-Holding A. G. (von deren Kapital besitzt sie drei Viertel) die eigentlichen Versicherungsgesellschaften, die Iduna-Germania-Lebensversicherungs-A. G. und die Iduna-Germania Allgemeine Versicherungs-A. G. beherrschte. Der allmächtige Generaldirektor des Konzerns, Klein, der nach im Finanz-Prozess so großartig von seiner Notwendigkeit (zur Regenerierung seines Aktienbesitzes)

sprach, diente den Großaktionären mehr als den Versicherten und brachte die Versicherungsgesellschaften in eine schwierige Lage, aus der sie erst das Eingreifen des Reichsaufsichtsamts rettete. Die Großaktionäre (die Iduna-Holding) ließen sich nämlich hohe Kredite geben, wovon 4 Mill. M. etwa nach Amerika gebracht wurden. Gegen diese Kredite erhielten die Gesellschaften fast den ganzen Aktienbesitz der Iduna-Holding als Sicherheit. Diese Pfänder werden jetzt im Wege der Zwangsversteigerung verkauft werden, wodurch die Versicherungsgesellschaften zu ihrem Gelde kommen und von der Iduna-Holding völlig frei werden.

Die Iduna-Germania-Lebensversicherungs-gesellschaft hat im Jahre 1931 betragsmäßig gut abgeschlossen. Die Prämienreserven von jetzt 100 Millionen Mark sind gut gedeckt, und nach stark erhöhten Abschreibungen bleibt bei 4 Millionen Mark Kapital ein erhöhter Ueberfluß von 3,5 Millionen Mark. Die D. G. Allgemeine hat wegen des ungünstigen Halbjahresversicherungs-geschäftes einen Verlust von 0,5 Millionen Mark erlitten. Hier glaubt man aber — nach Beseitigung des Herrn Klein — noch erhebliche Einsparungen an Kosten machen zu können. Auf alle Fälle wird das Kapital von 10 auf 6 Millionen Mark herabgesetzt, damit alle notwendigen Abschreibungen gemacht werden können; es wird ein Reservefonds von 1,5 Millionen Mark bestehen bleiben.

Bergebliche Manöver.

Der Fall Staßfurter Chemische und die Preuslag.

Die Rechtspreffe hat den Konflikt einer Aktionärsminorität mit der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A. G. (Preuslag) bemerkt, um von „tollen Enthüllungen“ über die angebliche Aushöhlung eines blühenden Unternehmens durch die öffentliche Hand zu reden. Für dieses Bahmanöver wurde Material benutzt, das die Rinderheitsgruppe veröffentlicht hatte. Dabei vermeidet man die wichtige Feststellung, daß der eigentliche Konfliktstoff zwischen der Staßfurter Chemischen und den staatseigenen Anhalter Salzwerken sich vor 1929 angeammelt hat, als die Preuslag mit dem Anhalter Unternehmen noch gar nichts zu tun hatte.

Die Preuslag stellt jetzt in einer Entgegnung fest, daß die von der Opposition als sittenwidrig hingestellte (auch vor 1929 erfolgte) Aenderung des Vertrages zwischen den Anhaltischen Salzwerken und der Staßfurter Chemischen zu Recht erfolgt ist. Die Aenderung des Vertrages diente als notwendige Voraussetzung dafür, daß ein Untersuchungsprozeß gegen die früheren privaten Majoritätsbesitzer der Staßfurter Chemischen unterbleiben konnte. Dieser Prozeß wäre nämlich der Ruin der Staßfurter Chemischen gewesen. Ebenso ist es nach den Erklärungen der Preuslag nicht richtig, daß man vertragswidrig die Anlagen der Staßfurter Chemischen zum Schaden der freien Aktionäre habe verfallen lassen und keine Investitionen vornahm. Es liegt im Gegenteil eine Erklärung der Staßfurter Chemischen vor, wonach Investitionen sogar über die Vertragspflicht hinaus vorgenommen wurden. Das Protokoll jener Aufsichtsratsitzung der Anhaltischen Salzwerke, von dem sich die Opposition eine Photographie verschafft hatte, sei bereits in der Generalversammlung im Oktober vorigen Jahres zur Sprache gekommen. Unrichtig sei auch die Behauptung, daß die Salzwerke bei dem Kauf der Staßfurter Chemischen ein Guthaben der aufgelaufenen Gesellschaft vermandt hätten. Dieses Guthaben sei bis heute von den Salzwerken ordnungsgemäß weitergeführt und verzinst worden.

Nach diesen Erklärungen dürfte das Bemühen der Rechtspreffe völlig vergeblich sein, aus den die Preuslag nur als Rechtsnachfolger berührenden Vorgängen bei der Staßfurter Chemischen politischen Kapital zu schlagen.

Noch keine Belegung der Grobblei-Industrie. Die verspätete Saisonbelegung in diesem Frühjahr wirkt sich bei der Schwerindustrie im Monat März noch in weiteren Schrumpfun-gen der Produktionsziffern aus. In den Stahlwerken sank die arbeitstägliche Rohabgabegewinnung gegenüber dem Februar noch um 2,9 Proz. von 17.911 auf 17.393 Tonnen. Weit stärker war die Schrumpfung bei den Hochofen, deren Rohabgabeproduktion infolge sehr hoher Vorräte um 11 Proz. gegen den Februar zurückging, und arbeitstäglich nur 10.129 gegen 11.333 Tonnen im Bormonat betrug.

Schudert u. Co. Rürnberg bleibt dividendenlos. Die Elektrizitäts-A. G. vorm. Schudert u. Co. hat im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 2,03 gegen 6,39 Millionen Mark im Vorjahr erzielt. Das Gewinnergebnis ist durch den Ausfall der Dividende bei den Siemens-Schudert-Werken Berlin, die bei dem vorläufigen Abschluß noch 4,35 Millionen eingebracht hatte, beeinflusst worden. Obwohl die Gesellschaft in der Lage wäre, noch eine Dividende auszuschütten, verzichtet sie aus Gründen der Liquidität darauf, da sie für die Rückzahlung ihrer Schuldverschreibungen zum gezielten Termin schon 3 Millionen flüssig gemacht hatte.

Ohne Arbeit

Zwei junge Menschen am Kreuzweg / Von Ivan Heilbut

(Schluß)

Als er erwachte, sah Töge mit offenen Augen und blickte vor sich in die Welt. Mit breitem Rücken und ruhigem Blick — mitunter schien er behaglich die Frische zu schnaulen.

„Wo wollen wir hin?“
„Wenn wir Kraft hätten,“ schimpfte Töge, „könnten wir tippeln gehen. Wüßten uns erst mal kräftigen. Kommt.“

Sie gingen langsam weiter. Otto hätte gern gemauert, wer der andere war. Er schien erst fünfzehn oder sechzehn zu sein, nach der Mühe zu schließen ein höherer Schüler. Otto spürte, daß Töge seine Dürstheit mit einer gewissen Gemächlichkeit herorkochte und die Geduld mit Willen übertrieb. Es schien ihm, als hätte Töge Angst, zu den feinen Leuten gerechnet zu werden, die er ganz offensichtlich haßte.

Der Morgen war klar. Ein Radfahrer kam, die Kanne von blauem Blech hing vorn an der Stange. „Das ist der erste,“ sagte Töge, „der hat noch Arbeit.“

„Ist es schon sechs?“
Töge gab keine Antwort. Er fixierte ein kleines Paket, das auf dem Rücken der Anlage lag. Dann sprang er über den niedrigen Schutz, wickelte auf, und begann noch auf dem Rücken stehend zu essen. Als Töge ihm andot, sah Otto, daß es von roter und grauer Wurst gezogene Haut war. Er nahm zwischen zwei Fingern und kaut.

„Das war ein Bang,“ sagte Töge. „Der Tag fängt ordentlich an. Kommt mit, wir wollen zum Hafen hinunter. Da ist eine Pumpe. Ich habe Durst wie ein Schwein. Und Hunger habe ich immer noch. Bist mal...“ Töge stand still. „Wir kommt ein Gedanke. Klopft dir den Staub von Hufe und Kopf, wisch dir die Stiefel mit Blättern ab.“

„Warum?“ fragte Otto.
„Rein Zeug ist schon hart vom Dreck. Aber du siehst immer noch vertrauenswürdig aus.“ Und Töge erklärte sein Vorhaben. Aber Töges Plan war von einer Art, daß Otto sich megerie, mitzumachen.

„So,“ sagte Töge, „du wußt nicht? Ich habe das Frühstückspaket mit dir geteilt, aber du, wenn ich dich brauche, sagst: Ich will nicht...“

Sie waren in die Nähe des Hafens gekommen.
„Da ist die Pumpe,“ brummte Töge. Und als sie heran waren und Otto den Pumpenhebel ergriff, während Töge die gehöhnten Hände unter den Ausfluß hielt, sagte der Junge grimmig: „Du mußt ordentlich pumpen, zuerst kommt kaltes Wasser, dann kommt heißer Kaffee und am Ende kommt Weißbrot mit Käse heraus.“

Arbeiter gingen an ihnen vorbei, vom Hafen kam Krach und ein fernes Hämmern, irgendwo tutete es wie ein Horn, eine Sirene heulte. Ein Strohboot schaukelte im Wasser, mit einem Nemen regierte es ein Mann. Breite Dampfer mit Arbeitern überquerten in früherer Zeit um diese Stunde den Strom. Einzig kamen Schiffe zum Hafen herein, vom Meer; andere glitten ruhig hinaus.

„Was wollen wir in dieser Welt anfangen, die ohne Arbeit für uns ist?“ fauchte Otto.
„Vor Hunger halbtot... und bleibt ein Moralist,“ lachte Töge. Otto ließ Töge fertig lachen. Dann sagte er: „Wenn du mir versprochen hast, daß es ohne Gewalt abgeht, bin ich einverstanden.“

In einem Bäckereiladen verlangte Otto ein Ei. Der verwunderte Bäcker, der niemals mit Eiern gehandelt hatte, ließ unwirsch die Treppe hinunter, an seinen Backherd zurück — indes Otto durch die klingelnde Tür den Laden verließ. Aber während er hinausging, schlüpfte Töge hinein, und binnen weniger Sekunden holte er vom Bort, was er suchte. Und bereits indem sie die Straße hinunterliefen, zerriß sie mit den Zähnen das Brot. Es war weiß und warm. Brot!

Anfänglich war ihnen nach diesem Frühstück grobartig zumute. Jeder hatte sein Teil gegessen, und ein ganzes Brot trug Töge noch im Kuckuck. Zum Nachen — man sollte kreieren, wenn man so jung ist?

Aber nun brauchten sie wieder dringend zu trinken. In einer Parkanlage fanden sie eine Zeitung, den Becher daneben — es war eine Zeitung ohne Wasserhahn, und einen Schlüssel befehlen sie nicht. „Wie wollen in einer Wirtschaft um Wasser bitten, komm mit,“ sagte Töge, „ich habe das des öfteren versucht und einmal Kaffee zu trinken erhalten.“

Auf dem Wege schien ihm ein anderer Entschluß zu kommen. Er vertrat einer Dame, die ihre Kinder spazieren führte, den Weg. Die Dame war in Hellblau gekleidet. „Wir müssen eine Kette machen,“ sagte Töge beschiden, er hielt seine Gymnastikmütze in Händen, „uns fehlen zwei Groschen, dann können wir reisen. Würden Sie uns einen Groschen geben?“

Die beiden Kinder starrten ihn an wie ein böses Mädchen, sein blondes Haar war lang in die Stirn gefallen. Auch die Dame starrte. „Rein,“ sagte sie plötzlich, und ging rasch im Bogen, ihre Kinder fest an ihren Händen, um Töge herum.

„Aber mit Perlen behängt sie ihren Wurf, diese...!“ schrie Töge ihr nach.

Sie waren etwa zwanzig Schritte weitergegangen, da ereignete sich ein neuer Zwischenfall. Töge, der wie ein wütender Stier voranging, trat einen hübsch angezogenen Kinde, das harmlos vorbeilief, so heftig ans Bein, daß es zu Boden stürzte. Als es ihm nachließ, erhielt es auch einen Faustschlag. Töge war nicht zu bemerken, Herren und Damen, Knaben und Mädchen saumelten weg, von Töges Stiefel oder von seiner stämmigen Schulter getroffen.

Otto drängte Töge zu einer Bank hin, die leer war. Dort saßen sie nebeneinander und schwiegen. Otto mochte seinen Kameraden nicht ansehen; wahrscheinlich kam Töge jetzt zur Besinnung.

Neben ihnen, vom Ende der Bank her, ertönte eine Stimme: „Na, Jungen, ohne Arbeit?“

Sie schen sich um. Der Mann nahm gerade Platz. Er mochte gegen Sechzig sein, sein Gesicht war feist und rot, die Hände stützten sich auf den gebogenen Griff eines dicken braunen Stocks. Ein weißer Schnurrbart, an den Enden aufwärts gezogen, stand selbstbewußt im Gesicht.

Mißtraulich sah Töge ihn an. „Sie können lachen,“ sagte er. „Sie sind ein pensionierter Beamter. Aber wir können verhungern.“

„Ich könnte auch Arbeit verschaffen.“ Der Mann zwirbelte an seinem weißen Schnurrbart.

„Was ist das denn für ein Betrieb?“ fragte Otto.

„Das kann ich euch jetzt noch nicht sagen; es genügt wohl, wenn ich euch sage, daß ich für euch sorgen will.“ Der Unbekannte zwinkerte mit den Augen.

„Wenn Sie uns helfen wollen, bitte schon,“ sagte Töge.

Otto gab Töge einen Rappentisch. „Wenn Sie uns etwas

schenken wollen, dann können Sie es auf der Stelle tun“, antwortete er, den Mann fixierend, scharf.

Unter dem Zwang von Ottos Worten und Augen griff der Mann mit dem weißen Schnurrbart langsam in die Brusttasche und holte mit feinsten Fingern einen Geldschein heraus. „Lebzigens“, sagte er, „da kommt mir gerade meine Mitgliedskarte zwischen die Finger, und das bringt mich auf den Gedanken: Ihr seid doch auch Mitglieder der Partei?“ Er zeigte ihnen die Karte, die ihn als Mitglied der Reichsradikalen auswies.

„Rein“, sagte Otto laut und fest.

„Dann müßt ihr es heute noch werden. Ihr seid direkt dafür geboren. Vorhin habe ich euch beobachtet, wie ihr durch die Anlagen gegangen seid. Da hat mancher vor euch Angst gehabt.“ Der Mann mit dem Schnurrbart wurde dringlich.

„Wollen Sie uns nur unter der Bedingung helfen, daß wir uns Ihnen ausliefern?“

Der Unbekannte zuckte die Achseln. Otto stand auf und zog Töge mit sich.

„Ihr kommt wieder“, rief der Unbekannte ihnen nach. „Ich bin der einzige, der euch hilft.“

Eine Stunde lang sah der Mann wartend auf der Bank. Noch eine Stunde verging. Er las in seiner Zeitung — mitunter blinzelte er neugierig über den Rand und den Weg entlang. Es wurde Mittag. Und mit einem Male sah er die beiden jungen Leute langsam kommen. Für einen Augenblick ließ er freudig die Zeitung sinken, dann blickte er aufgeregt wieder hinein. Als sie dicht heran waren, sah er ihnen offen entgegen. Langsam, die Gesichter gesenkt, kamen sie näher. Der Mann rückte nach rechts, um Platz zu machen. Stillschweigend setzten sich Otto und Töge.

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Ich bin der einzige, der euch hilft.“

„Na“, schmunzelte der Unbekannte. „Ich wußte es ja.“

„Ja“, sagte Töge. Sie sahen beide zu Boden. Sie waren blaß. Ottos Anis zitterten vor Erregung oder Hunger. Der Unbekannte griff wieder in die Brusttasche. In diesem Augenblick fühlte Otto sich am Arm berührt. Links von ihnen stand ein Mann vor ihm. Er mochte gegen vierzig sein. Offen und einfach fragte der Mann: „Sie suchen Arbeit?“

„Ja“, riefen beide.

„Ich kann Sie für einige Tage beschäftigen“, sagte der Mann zur Linken.

Aber der zur Rechten rief: „Erlauben Sie, ich habe —“

„Wir gehen mit Ihnen“, sagten Otto und Töge wie aus einem Munde. Sie erhoben sich rasch und gingen mit ihrem neuen Freunde davon, den Mann mit dem weißen Schnurrbart mit seinem Kerger allein lassend.

Einige Tage lang arbeiteten Otto und Töge in der Siedlung vor Hamburg; sie gruben um, hackten und harteten und bauten am Siedlungshaus mit. Als sie Abschied nahmen, packte ihnen die Frau ihres Arbeitgebers Frühstück für mehrere Tage ein. Hiermit, und mit neuer Kraft, zogen sie wieder nach Hamburg. Töge verriet jetzt Otto, daß er aus einer bürgerlichen Familie sei, daß sein Vater ihn in die verhasste rechtsradikale Richtung hatte drängen wollen und daß er aus Trotz deswegen sein Elternhaus verlassen hatte.

Als Töge dies seinem erstaunten Kameraden erklärte, standen sie wie zufällig vor einer Wäscheküche still. Mit seiner Erzählung fertig, kippte Töge lächelnd gegen einen Anschlag:

„Erst, komm zu deinen Eltern zurück. Wir hatten unrecht. Du solltest deine Freiheit haben.“

Otto las, und las noch einmal. „Erst... das bist du?“

„So.“

Nach ein kurzes Stillstehen wanderten sie zusammen. Dann trennten sie sich. Töge ging langsam die Stufen des elterlichen Hauses hinauf, er blickte sich nicht um. Otto sah hinter ihm her, bis sich die Haustür wieder vollends geschlossen hatte.

Dann wanderte er weiter, weiter... nach Arbeit.

Die Wahl in Ulmendorf

Eine sensationelle Geschichte von Benno Pichler

Wer das erleben muß, was Herr Siegfried Trümmerhausen erlebte, muß den Glauben an die Menschheit verlieren. Schuld daran war nur die margittische Verlehrs, der Verstand sei zum Denken da, während er doch nur zum Gehorchen da ist. Wo bliebe sonst die Idee der Führerpersönlichkeit!

Herr Siegfried Trümmerhausen, der Inspektor des Rittergutes, wurde sozusagen nebenberuflich zum Agitationsleiter der Nationalsozialisten für das benachbarte Ulmendorf ernannt. Die Landtagswahl stand bevor. Da sollte er seine Fähigkeiten erweisen.

Schon sein Name paßte für diese Aufgabe ausgezeichnet. Er symbolisierte vornehmlich das Revolutionäre mit der urgermanischen Kraft. Dazu kam das Faszinierende seiner Persönlichkeit. Wer konnte seiner hinreißenden Persönlichkeit widerstehen? Wer konnte ihm überhaupt widerstehen? Er hätte zweifellos Adolf Hitler in den Schatten gestellt, wenn nicht jener Vorfall in Ulmendorf seine Laufbahn so jählings beendet hätte.

Dabei ließ sich die Sache so hoffnungslos an. Zunächst nahm Herr Trümmerhausen Führung mit dem Gemeindevorsteher von Ulmendorf, dann mit den Gemeindevorsteher, dann mit den Landarbeitern, den Knechten, den Feldhütern, den Invaliden, den Dorfarmen und was sonst noch wahlberechtigt war. Überall stieß er auf freundlich lächelndes Verständnis. Er nahm sich der guten Leute auch mit ausdauernder Liebe an. Sie verstanden ja so wenig von Politik. Wenn er seine unüberleglichen Argumente vordrachte, mußten sie einfach nichts zu erwidern. Sie blickten ihn nur immer wieder lächelnd, erstaunt und verwundert an. Er merkte deutlich, wie dankbar sie ihm innerlich für die Aufklärung waren.

Nachdem Herr Trümmerhausen offensichtlich ganz Ulmendorf für sich gewonnen hatte, sollte seine agitatorische Arbeit durch eine öffentliche Versammlung gekrönt werden, in der er selbst reden wollte. Diese Rede wurde zu einem großartigen Erfolg. Die Ulmendorfer werden noch lange über sie sprechen.

Das Herr Trümmerhausen gesagt hat, wissen wir nicht. Wohl aber wissen wir, was die Ulmendorfer davon verstanden haben.

Wenn also die Nationalsozialisten siegen, werden sie zuerst den Dolch aus dem Rücken des deutschen Volkes entfernen, mit dem es in der Revolution heimtückisch gemeuchelt wurde. Dadurch käme das Dritte Reich, in dem nur Juden und Margittens gemeuchelt werden dürfen. Auch sonst werde es im Dritten Reich wie im Himmel sein.

Alle jungen Mädchen und Frauen werde man eingehend untersuchen, ob sie sich für die Rassenzucht eignen. Die brauchbarsten werde der Staat ein sammeln und mit den brauchbarsten Männern paaren. Den anderen ist die Liebe verboten.

Mit Zittern und Zagen würden die Franzosen dieser Hochachtung der nordischen Rasse zusehen müssen, denn ihr letztes Stündlein hätte geschlagen, weil die nordische Rasse sie mit Stumpf und Stiel austraffen werde. Wegen der Tributlasten müsse das nämlich sein.

Die christliche Nächstenliebe sei jüdischen Ursprungs und deshalb unbedingt zu verwerfen. Das Christentum an sich sei gut, daher das positive Christentum der Nationalsozialisten. Für den praktischen Gebrauch aber taugte es nichts.

Mit ganzer, unerbittlicher Ueberzeugung kämpfte seine Partei für den Sozialismus. Die Sozialisierung aber (schädige das Kapital und sei daher unbedingt abzulehnen).

Die armen Bauern und Handwerker würden von den Steuern erdrückt. Das liege am System. Es seien zu viel Beamte und sie würden zu hoch bezahlt. Deshalb verpönte seine Partei den Beamten höhere Gehälter. Weil die Produktionskosten wegen der hohen Löhne zu hoch seien, werden es auch die Arbeiter im Dritten Reich besonders gut haben. Ueberhaupt sei der Nationalsozialismus eine logisch unangreifbar festgefügte Weltanschauung.

Die guten Ulmendorfer hörten sich die Sache an und schüttelten tief ergriffen die Köpfe. So sehr hatte die politische Einsicht auf sie gewirkt. Das fühlte Herr Siegfried Trümmerhausen genau, denn er war ein Menschenkenner. So gönnte er den Hörern gern die zugehörte besondere Freude: Es gab Freier.

Der Herr Rittergutsbesitzer selbst zeigte so viel Interesse und Sympathie für die Arbeiterpartei des Herrn Hitler, daß er tief in den Beutel griff, um die treuen Ulmendorfer ausgiebig zu bewirten. Die ließen sich das gerne gefallen. Der Wirt des Dorfes, seine Witze, seine beiden Töchter und sogar die Wags konnten es kaum schaffen, alle die durstigen Rechten zu bedienen.

Das waren lustige und lebhaft Debatten über die Wahl! Keine Meinungsverschiedenheiten! Es stand zu hoffen, daß ganz Ulmendorf geschlossen für Hitler stimmen würde. Wie rührend die guten Leute waren! Die Unterhaltung brach ab, sobald Herr Trümmerhausen sich einer Gruppe näherte; die Drappen wollten sich in ihrer

nativen politischen Einsicht vor ihm, dem Wissenden, keine Blöße geben. Darum sagten sie immer nur zu ihm: „Das Bier schmeckt gut.“

Herr Siegfried Trümmerhausen war nun keineswegs feilsch einfach und simpel. Das Folgende möge illustrieren, welcher Komplexität sein Inneres fähig war. Da war ein Landarbeiter, den er nicht leiden mochte. Dem wollte er schon lange eins auswaschen. Es war dem Kerl sogar zuzutrauen, daß er sozialdemokratisch wählen könnte. Wenn er es doch nur täte! Sollte sich eine sozialdemokratische Stimme finden, dann wäre sie von ihm. Das Weltliche würde sich dann schon ergeben. Wenn Ulmendorf aber einstimmig Hitler wählte, war gegen den Kerl nichts zu machen.

„Eine sozialdemokratische Stimme“, dachte Herr Trümmerhausen, „läßt sich doch beschaffen.“ So kam es, daß Herr Trümmerhausen beschloß, um des einmaligen guten Zwecks willen seiner Ueberzeugung das schwere Opfer abzurufen, selbst sozialdemokratisch zu wählen. Dann hatte er den Kerl in der Schlinge.

Ganz Ulmendorf wählte. Der Herr Rittergutsbesitzer spendierte noch einmal Freibier. Die Frauen und Mädchen taten sich glücklich an Kaffee und Kuchen. Herr Trümmerhausen hatte sich einen Wahlchein besorgt, um seiner Wahlpflicht inmitten seiner Getreuen in Ulmendorf genügen und gleichzeitig strenge Kontrolle darüber üben zu können, daß jeder Wähler seine Pflicht tat.

Nach Beendigung des Wahlalles wartete Herr Trümmerhausen gespannt auf das Wahlergebnis. Es dauerte eine halbe Stunde, eine Stunde und dann... Herr Siegfried Trümmerhausen sprang auf den Stuhl zurück. Das war doch nicht möglich? Ganz Ulmendorf hatte sozialdemokratisch gewählt! Keine Stimme für Hitler!

Siegfried Trümmerhausen wurde blaß und dann rot, dann wieder blaß und dann wieder rot. Wie ein Wilder raste er ins Wirtshaus, wo die Ulmendorfer beim Freibier saßen.

„Warum habt ihr nicht Hitler gewählt?“ tobte er los.

Da wurde ihm die Antwort, daß die Ulmendorfer noch ihren gefunden Verstand hätten, und daß, wenn die ganze Welt irrsinnig werde, dies für sie keine Ursache sei, auch irrsinnig zu werden.

Wie zum Hohn tauchte auch noch der Kerl auf, den er haßte.

„Wie viele Stimmen hat denn Hitler bekommen?“ fragte er grinsend.

„Keine!“ Siegfried Trümmerhausen schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Keine? — — ? Sie haben — doch auch gewählt!“

Herrn Trümmerhausen wirbelte es vor den Augen. Ihm war, als solle er kopfüber einen tiefen Abhang hinunter.

„Da wird sich der Herr Rittergutsbesitzer aber wundern“, stießte der Kerl.

Herr Trümmerhausen verließ fluchtartig Ulmendorf. Seine politische Laufbahn hatte ein trauriges Ende genommen.

Braun oder braun?

Durch einen hier nicht weiter interessierenden Zufall kam Adolf Hitler auf ein paar Stunden zu Besuch in den Himmel. Selbstverständlich ließ er sich die Gelegenheit nicht entgehen, auch den „Allen Freig“ zu besuchen und ihm Vortrag zu halten über die derzeitigen Verhältnisse in Preußen. (Unnützlich hinzuzufügen: „Wie er, Adolf Hitler, sie aussah.“) Interessiert hörte Friedrich der Große zu. Insbesondere zeigte er lebhaftes Interesse für die Zustände in Preußen. Sich in immer größere Erregung hineinredend, erzählte Adolf aus Braunau, wie Preußen vom Marxismus vernichtet werde. Aber seine braune Armee werde, fügte er pathetisch hinzu, den „Obermarxist“ Braun und seine Clique in Bälde stürzen. Da sprang Friedrich II., der bis dahin ruhig zugehört hatte, auf und donnerte: „Halt! Er's Maul! Dieser eine Braun hat für Mein Preußen mehr getan als Seine ganze braune Armee...“ Ein temperamentvolles Schwimmen des Krüftstods bedeutete dem großen Daß, daß mit dieser andäutigen Feststellung Friedrich II. die Unterredung als beendet anlah.

Laßt Blumen sprechen!

Ein Frühlingstag. Hans hatte will zum Rendezvous. Hans hatte steigt in den Autobus, ein Balkensträußchen in der Hand. „Noch jemand ohne Fahrkarte?“ fragt der Schaffner. Hans hatte meldet sich. „Wohin?“ will der Schaffner wissen. Da steht er das Weidensträußchen und grinst: „Aho, Endstation, nicht?“

„Woher wollen Sie?“ fragt Hans hals.

„Tu“, meint da der Schaffner, „sag' es mit Blumen...“